

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 031 Amt Dönhoff 202 bis 207  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Abwehr gegen Lohnabbau

Die Regierung trägt die Verantwortung für die Arbeitskämpfe!

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen.

Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Anrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung und ihre Notverordnung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

### Der Arbeitsmarkt.

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt ging die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen vom 15. bis 30. September um 163000 Personen zurück.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug Ende September rund 5 100 000. Da in der ersten Septemberhälfte eine Zunahme der Erwerbslosen um 40 000 eingetreten war, beträgt der Rückgang im ganzen Monat 123 000 Personen.

Bei der Unsicherheit, die durch das rigorose System der Aussteuerungen in der Arbeitsmarktsituation eingetreten ist, kann aber nur ein Teil der 123 000 Erwerbslosen als wieder in Arbeit befindlich angesehen werden. Zehntausende werden zweifellos aus der Liste der Arbeitsämter verschwunden sein, weil sie nach der Aussteuerung und infolge der verschärften Bedürftigkeitsprüfungen überhaupt keine Unterstützung beziehen und daher bei den Arbeitsämtern nicht mehr gemeldet sind.

Zum Teil beruhte die leichte Besserung des Arbeitsmarktes auf Mehrereinstellungen bei der Landwirtschaft, bei der die Hofwirtschaften jetzt im vollen Gange ist. Saisonereinstellungen spielten ferner im Bekleidungs- und bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit, bei der bereits das Weihnachtsgeschäft einsetzt.

Anzeichen einer konjunkturellen Entspannung blieben vorläufig auf verschiedene Zweige der Textilindustrie und der Holzverarbeitung beschränkt. Mehrereinstellungen fanden ferner in der Metallindustrie, im Baugewerbe und dem Baunebengewerbe statt, die auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückzuführen sind.

## Baronswechsel bei Papen?

Freiherr von Braun soll gehen, Herr von Knebel kommen

Der Agrarminister Freiherr von Braun hat am Freitag in Breslau programmatische Erklärungen über weitere Einzelheiten der Subventionenverordnung für die Landwirtschaft abgegeben. Noch während der Uebermittlung der Rede durch die Nachrichtenbüros tauchte an der Berliner Börse von verschiedenen Seiten, die über Verbindungen verfügen, das Gerücht auf, daß der Rücktritt des Freiherrn von Braun unmittelbar bevorstehe. Verschiedene Industrieaktien konnten daraufhin ihre Kurse verbessern.

Am Freitagabend lag bereits ein Dementi der Regierung vor. Diese Gegenerklärung ändert aber nichts an der bekannten Tatsache, daß es innerhalb des Kabinetts schwere Zusammenstöße zwischen dem Agrarminister auf der einen und dem Wirtschaftsminister Warmbold sowie dem Finanzminister von Krosigk auf der anderen Seite gegeben hat.

Schon vor der Münchener Rede des Freiherrn von Braun waren zwischen den genannten Ministern schwere Differenzen entstanden. Die herausfordernde Fassung der Münchener Rede, die offenbar dem Kabinett nicht vorgelegen hat, und

das verheerende Echo des Auslandes auf die Verkündung der deutschen Kontingentspolitik haben die Gegensätze noch mehr zugespitzt. Vollends erschüttert scheint aber die Stellung des Freiherrn von Braun durch die schweren Niederlagen der deutschen Verhandlungsdelegation in Holland und Italien zu sein. Während man in Haag eine so bräunliche Abfuhr erhielt, daß es überhaupt nicht zur Verhandlung kam, sind die Vorbereitungen in Rom gleichfalls ergebnislos verlaufen, da sich bei den scharfen Gegensätzen keine Brücke zueinander schlagen ließ.

Als wahrscheinlicher Nachfolger für Freiherrn von Braun wurde in Finanzkreisen Rittergutsbesitzer von Knebel genannt, der einer der Führer der pommerischen Agrarorganisationen ist. Sollte es zu einem Personenwechsel im Landwirtschaftsministerium kommen, so könnte doch von einem Systemwechsel nicht die Rede sein. Der einzige Unterschied zwischen Herrn von Braun und Herrn von Knebel wäre, daß letzterer eine diplomatische Ader besitzt und nicht so massiv wie von Braun seine Forderungen durchzusetzen sucht.

## Nie wieder Macdonald

Einstimmiger Beschluß in Leicester

London, 7. Oktober.

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei in Leicester sprach sich am Freitag in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Wiederaufnahme Macdonalds, Snowdens und des Dominionministers Thomas sowie anderer früherer Parteimitglieder, die sich der Nationalregierung angeschlossen haben, in die Arbeiterpartei aus. Diese hätten die Ideale der Partei, der sie soviel verdankten, mißachtet.

Ein weiterer angenommener Antrag verlangt die sofortige Abschaffung des Oberhauses, das „gefährlich und nutzlos“ sei. Die

Konferenz erklärte schließlich in einer Entschließung, daß die parlamentarische Arbeiterpartei ihre Opposition gegen die Zollpolitik der jetzigen oder irgendeiner anderen Regierung fortsetzen müsse.

## Unterstützungserhöhungen oder Walspeck?

Die Regierungspresse meldet, daß man sich im Reichskabinett damit beschäftigt, die Unterstützungssätze, die die Regierung der Barone erst vor kurzem drastisch gedrosselt hat, im Laufe dieses Winters teilweise zu erhöhen. Wie weit diese Erhöhung gehen soll, wird leider nicht gesagt.

Es ist bekannt, daß sich der Reichsarbeits-

nister schon vor Monaten mit dem Gedanken getragen hat, die Unterstützungssätze im Laufe des Winters zu erhöhen, wenn unter den Unterstützungsempfängern auf Grund der Notverordnungen genügend gefiebt worden ist. Die Regierung von Papen soll die Regierung sein, die auch im Unterstützungswesen „die Deflation beendet“ und mit den Drosselungen Schluss macht. Diesen Gedanken des Reichsarbeitsministers scheint das Kabinett jetzt aufgreifen zu wollen, um besseres Wahlwetter zu machen.

Die Sozialdemokratie, die sich von Anfang an gegen die Drosselungen in der Sozialfürsorge gewehrt hat, wird alles tun, damit die Erhöhung der Unterstützungssätze möglichst allgemein und in genügender Höhe durchgeführt wird.

## Zentrum, wohin?

Dr. Bell für Zweikammersystem

Die Regierung der Barone hat eine Reform der Reichsverfassung auf ihr Programm gestellt. Für die Opposition besteht kein Anlaß, auf solche Absichten einzugehen, aber desto mehr Grund zu wachsamem Mißtrauen. Daß eine Verfassungsreform, die unter dieser Führung zustande kommt, nicht anders als ultrareaktionär sein kann, versteht sich von selbst.

Siehe da — nun kommt das Zentrum und bietet freundlich Herrn von Papen seine Mitarbeit an! In der „Kölnischen Volkszeitung“ schreibt Herr Dr. Bell, das Zentrum werde sich den geplanten Reformarbeiten „mit vorbildlichem Eifer“ widmen. Ganz besonders beifert zeigt sich Herr Dr. Bell in der Absicht, neben dem Reichstag eine gleichberechtigte zweite Kammer zu stellen, deren Zusammensetzung und Zuständigkeit mit besonderer Sorgfalt zu regeln ist. Auch eine Wahlreform wird als „staatsnotwendig“ in Aussicht gestellt.

Zweite Kammer und Wahlreform sind die beiden Kernstücke der von Papen geplanten Verfassungsreform. Das Zentrum stellt sich durch Herrn Bell zur Verfügung. Die notwendige Zweidrittelmehrheit ist freilich auch von der Ferne noch nicht zu sehen.

## Rote Jugend marschiert

Zum internationalen Jugendkongreß

Zwei bedeutende Veranstaltungen haben unmittelbar vor Beginn des fünften Wahlkampfes dieses Jahres die Arbeit der sozialistischen Jugend stark in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Sozialistische Arbeiterjugend führt in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine Reichswerbung durch, und aus Anlaß des fünf- und zwanzigjährigen Bestehens der Sozialistischen Jugendinternationale findet in der gleichen Zeit eine Internationale Rote Jugendwoche statt. Am Schluß dieser Woche wird am 9. Oktober in Prag der vierte Kongreß der Sozialistischen Jugendinternationale eröffnet.

Beide Veranstaltungen dokumentieren die ungebrochene Lebenskraft der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und widerlegen die törichte Behauptung der Gegner, die Sozialdemokratie sei eine sterbende Partei. Auf der Gründungskonferenz der Internationale in Stuttgart vertraten die Delegierten der sozialistischen Jugendverbände rund 50 000 Mitglieder. Das Sekretariat der Internationale berichtet jetzt, daß die Internationale am 31. Dezember 1931 mehr als 270 000 Mitglieder umfaßt. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind heute alle in der Welt bestehenden sozialistischen Jugendverbände der Sozialistischen Jugendinternationale angeschlossen, und sie ist damit die bedeutendste und stärkste internationale Verbindung junger Arbeiter und Arbeiterinnen geworden. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder außerhalb Rußlands übertrifft um ein Vielfaches die Zahl, die die Kommunistische Jugendinternationale selbst über die Stärke ihrer Mitgliederverbände ohne Rußland angibt.

Die erfreulichste Tatsache dieser Aufwärtsentwicklung besteht aber darin, daß sie in den schweren Krisenjahren seit 1929 nicht unterbrochen wurde, sondern sich weiter fortgesetzt hat. In den Jahren 1929 bis 1931 erhöhte sich die Mitgliederzahl der Sozialistischen Jugendinternationale um mehr als 50 000. Diese Entwicklung hatte auch im Jahre 1932 angehalten, ein Beweis dafür, daß selbst Wirtschaftsnote und faschistische Reaktion die Kraft der Internationale nicht zu erschüttern vermögen.

Die Sozialistische Jugendinternationale ist heute ein untrennbarer und wesentlicher Bestandteil der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie erfüllt die wichtige Aufgabe der Erfassung, Sammlung und Erziehung der arbeitenden Jugend im Sinne des internationalen Sozialismus und sie führt damit der internationalen Arbeiterbewegung den lebensnotwendigen Nachwuchs für ihre entscheidungsvollen Kämpfe in Gegenwart und Zukunft zu. Das enge Vertrauensverhältnis zwischen Jung und Alt wird erneut unterstrichen durch den Umstand, daß in Prag führende Genossen der internationalen Arbeiterbewegung, wie der Genosse Louis de Broeckere und der Genosse Friedrich Adler die Referate über die Fragen der Abrüstung und des Kampfes um die Demokratie erstatten.

Der Kongreß in Prag wird nur die verhältnismäßig kleine Zahl der führenden Funktionäre der internationalen sozialistischen Jugendbewegung vereinen, aber sie können dort beraten und beschließen in dem Bewußtsein, daß der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit in den besten Teilen der arbeitenden Jugend trotz Nationalismus und Faschismus feste Wurzeln geschlagen hat. Die Kundgebungen, die aus Anlaß der Internationalen Roten Jugendwoche in fast allen Ländern Europas in großer Zahl durch-



# Die Partei und die Reform Berlins

Kommunalkonferenz im Rathaus — Mitarbeit im Interesse der Bevölkerung

geführt wurden, waren ausnahmslos stark besucht, und sie waren getragen von einem Kampfesfreudigen und echt sozialistischen Geist ihrer jugendlichen Teilnehmer. Das gilt vor allem auch für die deutsche sozialistische Arbeiterjugend. Unsere Jungen und Mädchen haben in diesem Jahr bewiesen, daß sie an Kampfesfreudigkeit und Arbeitswillen der älteren Generation in nichts nachstehen. Wir haben unsere Organisation in vollem Umfang in ihrer alten Stärke erhalten, und bei jedem Wahlkampf stand die sozialistische Arbeiterjugend in unermüdbarem Eifer in der vordersten Linie der Agitation.

Wer hätte einen ernsthaften Vorwurf gegen diese Jugend erheben können, wenn sich jetzt, nach den unerhörten Anstrengungen und Opfern dieses Jahres, Zeichen einer Müdigkeit zeigen würden? Aber es ist nichts davon zu spüren. In zahlreichen Bezirken des deutschen Verbandes werden im Monat Oktober zum erstenmal sogenannte sozialistische Wettbewerbe, die uns schon jetzt Hunderte neuer Mitglieder gebracht haben, durchgeführt. Und noch mehr: alle Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktion nehmen einen erhebenden und begeisterten Verlauf. Um nur ein Beispiel zu nennen: Den stärksten Aufschwung dieser Werbeaktion bildete ein Landestreffen der Sozialistischen Arbeiterjugend des Freistaates Sachsen am ersten Oktoberfesttag. Wir haben in den sächsischen Bezirken rund 10 000 Mitglieder. Nicht weniger als 8000 Jugendliche marschierten an diesem Sonntag in Chemnitz auf. Die Arbeiterschaft dieser großen sächsischen Industriestadt, die beinahe unerträglich unter der Wirtschaftskrise leidet, brachte für ihre jungen Gäste 2000 Privatquartiere mehr auf, als benötigt wurden.

Man vergleiche diese Solidarität, diese Opferbereitschaft, die sich in nüchternen Zahlen offenbart, mit dem Ergebnis des ersten Reichsjugendtages der Hitler-Jugend, der am gleichen Tage in Potsdam stattfand, und bei dem viele Kinder und Jugendliche wegen Entkräftung, Hunger und Uebermüdung in die Krankenhäuser eingeliefert werden mußten.

Dabei wurde es der sächsischen Arbeiterjugend in Chemnitz nicht so leicht gemacht wie den nationalsozialistischen Demonstranten in Potsdam. Hier die stärkste Förderung durch alle Behörden, in Chemnitz wurde das sächsische Jungproletariat auf seinem Marsch durch die Stadt begleitet von der mit Karabinern ausgerüsteten Chemnitzer Polizei! Man hatte alles das verboten, was einer Jugenddemonstration Leben und Schwung verleiht, die Fahnen, die Musik, den Gesang, ja selbst Freiheitstürme! Aber so begeistert die jungen Sozialisten bei der Abendkundgebung am Sonnabend und beim Einmarsch in die Kadrennbahn ihre sozialistischen Kampflieder sangen, so glänzend hielten sie Disziplin, als es galt, die provokatorischen Anordnungen zu parieren.

Deutschlands Arbeiterklasse steht jetzt im Brennpunkt eines Kampfes um Freiheit und Demokratie in Europa. Die Haltung ihrer Jugend gibt uns, den deutschen Arbeitern, der internationalen Arbeiterklasse die sichere Gewähr, daß sie den Kampf bestehen wird, daß der endgültige Sieg unser sein wird. Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

\*

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Prag, 7. Oktober.

Heute begannen in Prag die Beratungen der Sozialistischen Jugendinternationale mit einer Sitzung des Büros unter dem Vorsitz des Genossen Nationalrats Karl Heinz, Wien, und in Anwesenheit der Büromitglieder Erich Ollenhauer, Berlin, Koos Borring, Amsterdam, Hans Hansen, Kopenhagen, Valere Aubry, Brüssel, und Ernst Paul, Prag.

Die Sitzung nahm nach eingehender Aussprache den Bericht des internationalen Sekretärs Erich Ollenhauer zur Kenntnis und beschäftigte sich sodann mit dem am Sonntag beginnenden Kongress, dessen wichtigste Fragen durchbesprochen wurden. Im weiteren Verlaufe wurde nach der Arbeitsplan der Sozialistischen Jugendinternationale für die Jahre 1933 und 1934 erörtert.

Der Sitzung ging eine gemeinsame Beratung mit der Exekutive der Sozialistischen Erziehungsinternationale voraus. An dieser Beratung nahmen auch Vertreter der sozialistischen Sportinternationale teil. Es wurden Fragen gemeinsamer Aktionen behandelt.

## Goebbels' neues Pöflchen

Auf Anordnung Hitlers hat der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, den Vorsitz des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer e. B., Berlin, übernommen.

Die Kommunalfunktionäre der Berliner Sozialdemokratie hatten sich gestern zu einer Konferenz im Stadtverordnetenversammlungsaal zusammengesunden, um zu dem bedeutungsvollen Reformwerk der Umgestaltung Berlins Stellung zu nehmen. Die Konferenz wurde zum Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, bei der Entscheidung einer für die weitere Entwicklung Berlins so wichtigen Frage die Hände in den Schoß zu legen. Die Sozialdemokratie wird vielmehr an dem Reformwerk mitarbeiten, um so das Interesse der arbeitenden Bevölkerung nach besten Kräften zu wahren. Das ändert nichts an der scharfen Proteststellung gegen das Vorgehen des Herrn Bracht, der diese wichtige Frage vom grünen Tische aus ohne die Mitwirkung der gewählten Vertreter der Bevölkerung lösen will, wenn die beruflichen Organe der Stadt innerhalb der gesetzten Frist bis zum 15. November nicht zu einer Entscheidung gekommen sein sollten.

Die Mitarbeit der sozialdemokratischen Vertreter an einem Plan, der die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung erstrebt, liegt überdies ganz in der Tradition der Partei, die den Schutz der Selbstverwaltung als eine ihrer Grundpflichten ansieht. Es sei daran erinnert, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die bei der Schaffung des neuen Ortsgesetzes im preussischen Parlament einen eigenen Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Stadt Berlin herausbrachte, der höchste Beachtung bei allen Stellen des kommunalen Lebens gefunden hat.

Die Konferenz, die unter Vorsitz des Sekretärs der Stadtverordnetenfraktion, Paul Robinson, tagte, wurde durch ein Referat des sozialdemokratischen Stadtrats Heuer eingeleitet.

### Heuer über das Reformwerk

Als das Ziel des Reformwerkes stellte der Referent Stadtrat Dr. Heuer die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung durch Vermeidung jeder unnützen Doppelarbeit fest. Die Bezirksverwaltungen müssen den Mittel-

punkt der laufenden kommunalen Arbeit darstellen, weil es unmöglich ist, eine Viermillionenstadt von einer Stelle im Rathaus aus zu leiten. In der Hand der Zentrale hätten die großen Verwaltungsaufgaben zu verbleiben. Hier habe auch das Parlament seine besondere Aufgabe, die man jedoch den Bezirksparlamenten in ihrer heutigen Form nicht zuerkennen könne. Die Reform müsse so durchgeführt werden, daß auch in den Bezirken nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Selbstverwaltung eintrete. Eine Stadt wie Berlin erschöpfe die Selbstverwaltung nicht in der Mitwirkung des Stadtparlamentes, sondern sie brauche für die laufende Verwaltung die Mitwirkung von gewählten Vertretern der Bevölkerung. Die gewählten Vertreter in den Bezirken müssen an der Verwaltung beteiligt werden. Das soll durch die im Plan vorgesehene Einrichtung der Bezirksräte gewährleistet werden. Die aus den Bezirksräten neu gebildeten Bezirksämter haben dann die Aufgabe, die Bürgermeister und Stadträte zu wählen.

Der Redner kam dann auf die geplante Neueinteilung Berlins in neun Bezirke zu sprechen und erklärte, daß nur größere Stadtbezirke die gestellten Aufgaben zu bewältigen vermögen. Nur so läme man zu einer Verwaltung, die einer Stadt wie Berlin würdig sei und die keine übermäßigen Kosten verursachen würde. Der Bevölkerung solle weder die Heimatliebe genommen noch lange Wege zu den Verwaltungsstellen aufgezwungen werden. Für die sogenannte Publikumsverwaltung müssen auch zukünftig alle vorhandenen Ortsämter aufrecht erhalten bleiben. Der Magistrat sehe die beste Lösung in der Schaffung eines großen Stadtbezirkes, um den herum sich fächerförmig die anderen acht großen Bezirke zu gruppieren hätten. Es zeige sich, daß das Stadtungs- und Entwicklungsgebiet so gleichfalls eine recht gute, fast gleichmäßige Verteilung gefunden habe bis auf die noch ihrer Struktur anders gearteten Bezirke. Und zwar handle es sich um den Uitzbezirk, den Bezirk Schöneberg-Wilmersdorf und den Bezirk

Köpenick-Treptow. Heuer schloß seine Ausführungen in der Hoffnung, daß die Verwirklichung des Projektes eine reibungslos billige Verwaltung der Reichshauptstadt bringen werde.

### Die Diskussion

In der sehr eingehenden Diskussion sprach als Erster Genosse Reimann-Weissensee. Es galte vor allem, so erklärte er, die drohende Bürokratisierung der Verwaltung zu verhindern. Der Redner kritisierte im einzelnen einige Punkte der geplanten Neueinteilung der Bezirke. Genosse Friedländer-Prenzlauer Berg betont die Notwendigkeit einer Stärkung der Gemeinschaftsarbeit in der kommunalen Verwaltung. Das Einkammersystem, wie es die Vorlage für die zukünftige Verwaltung der Bezirke vorsehe, sei eine alte sozialdemokratische Forderung und im Heidelberger Programm festgelegt. Gleichfalls starke Bedenken gegen eine eintretende Bürokratisierung der Verwaltung äußerte Genosse Battloch-Wedding. Genosse Egner-Neukölln befürchtet von dem Plan eine starke Verringerung des Einflusses der Partei und der Verwaltung.

Als Vorklänger der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion beschäftigte sich Genosse Flatau eingehend mit dem Entwurf des Bezirksvorstandes, den er in einzelnen Punkten mit der Magistratsvorlage verglich. Es gelte, den Plan noch in vielerlei Hinsichten zu verändern und zu verbessern, aber in den Grundlagen könne er durchaus bejaht werden. Schließlich sprachen noch der Genosse Ferester-Sieglitz, der den Standpunkt der Sozialdemokratie nicht gewahrt sieht, der Vorsteher des Stadtparlamentes Genosse Haß, der sich für die Lösung des Problems unter Zugrundelegung der Vorlage des Magistrats einsetze, und Genosse Dr. Zander-Spandau, der die Ansicht vertrat, daß für den Bezirk Spandau eine Sonderregelung Platz greifen müsse.

Die in der Diskussion aufgetauchten Fragen und Unstimmigkeiten wurden in einem Schlußwort des Referenten, Genossen Dr. Heuer, noch einmal zusammengefaßt und zu klären versucht.

## Also doch Konferenz?

Berlin stimmt grundsätzlich zu

Das diplomatische Spiel an den von der englischen Regierung noch immer hartnäckig verfolgten Plan einer Viermächte-Konferenz in London zur Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung ist gestern anscheinend in ein neues Stadium getreten, so daß man jetzt wieder mit der Möglichkeit ihrer Abhaltung rechnet, nachdem der Gedanke tags zuvor schon endgültig preisgegeben schien.

Die Reichsregierung hat nämlich gestern grundsätzlich beschlossen, die Einladung anzunehmen.

Sie legt jedoch Wert darauf, daß England sich vor der formellen Einberufung davon vergewissere, daß seine Macht mit dem festen Vorsatz erhehle, von dem bisher eingenommenen Standpunkt nicht abzugehen, weil sonst die Konferenz zwecklos wäre. Die britische Regierung soll daher namentlich in Paris Klarheit über diese wichtige Voraussetzung schaffen.

In Paris scheint man jetzt ebenfalls insofern einzuhalten, als man den Konferenzplan nicht mehr grundsätzlich ablehnt. Doch wünscht man den Kreis der Teilnehmer etwas zu erweitern durch die Zuziehung von Belgien und Polen. Es ist noch nicht ganz klar, wie sich Deutschland zu diesem Wunsch verhält, ebenso zu der weiteren Anregung Frankreichs, die Konferenz nicht in London, sondern z. B. in Lausanne abzuhalten.

## Mit Wilhelms Geld?

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 7. Oktober.

Das politische Leben in der schlesischen Hauptstadt ist um eine allgemeine Heiterkeit erregende Besonderlichkeit reicher. Seit Dienstag früh erscheint im Zeitungshandel die vor wenigen Tagen angekündigte Wochenzeitung der kürzlich gegründeten Deutschen Sozialen Monarchistenpartei. Das Blatt hat den hochtrabenden Namen „Sansloui“ und bezeichnet sich im Untertitel: „Monarchistische Wochenzeitung für alle deutschen Stände, Organ der ersten aktiven Monarchisten.“ In der Zeitung findet man u. a. Weisheitsprüche des Herrn von Doorn über Gottesfurcht und Blühtreue und einen kurzen Aufruf der Deutschen Sozialen Monarchistenpartei, in dem es heißt: „Ein deutsches Volk, von Arbeiterregierungen zermürdet, hat nur einen Wunsch, nämlich den: Zurück zur Monarchie! Aus dieser Erkenntnis heraus erwächst die Pflicht zu freiem, stolzem, offenem Bekennen für einen Deutschen Kaiser, Monarchisten, die Fahne hoch! Es lebe der Kaiser! Es lebe die Monarchie! Ob Wilhelm das Geld dazu gibt?

## Kommunistischer Schwindel

über SPD. und Reichsbanner

Im Tone türkischer Wahrlagerinnen und Traumbreiter enthüllt die „Welt am Abend“ schreckliche Geheimnisse über Pläne von Wels und Künstler, die das Reichsbanner „Loswerden“ wollen, eine ungeheuer glaubwürdige Kunde — besonders jetzt, wo sich die einzelnen Zweige der „Eisernen Front“ zur gemeinsamer Führung des Wahlkampfes verbunden haben. Wie ernst die Situation ist, geht schon aus der Enthüllung hervor, daß „in den letzten Tagen geheimes Gespräch zwischen Wels, Pitke und Künstler“ über ihren Plan stattgefunden haben. Wie gut die „Welt am Abend“ informiert ist, beweist schon der Satz, daß Genosse Stelling, der von der Gauleitung des Berliner Reichsbanners zurücktritt, „nicht mehr als SPD-Kandidat in seinem Wahlkreis aufgestellt wird“. Genosse Stelling ist bekanntlich seit vielen Jahren im Wahlkreis Oberschlesien und ist dort bereits seit zwei Wochen wieder als Kandidat aufgestellt. Genau so erlogen wie diese Behauptung sind alle übrigen, die in dem Artikel aufgestellt werden. Die „Welt am Abend“ verheddert sich in ihren Enthüllungen übrigens selbst. In der ersten Hälfte ihrer Enthüllungen wird es so dargestellt, als sei der Parteivorstand den Reichsbannerleuten nicht radikal genug, in der zweiten wird dann darauf hingewiesen, diese Leute seien die eigentlichen Reaktionen in der Partei. Der Schmus schließt mit der Versicherung: „es herrscht ein tolles Durcheinander und ein erbitterter Kampf um die Führung“. Hier ist dem Blatt eine kleine Verwechslung aus seinem eigenen Lager passiert, diese Richtungskämpfe von Führerrelieuen sind bekanntlich eine Dauererscheinung der deutschen kommunistischen Partei.

Zu dem Schwindel der „Welt am Abend“ geben die Genossen Wels, Künstler und Pitke die folgenden Erklärungen ab:

## Zola in Berlin verboten

Ueber ihn darf nicht gesprochen werden

Die Berliner Ortsgruppe des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller“ hatte zu gestern abend in die „Kammerfäle“ eine Versammlung einberufen, in der nach den Ankündigungen Heinrich Mann, Wittpogel und Rudolf Oiden über „Zola und die Gegenwart“ sprechen sollten.

Als die Besucher in den „Kammerfälen“ an-

„1. Es haben keine Besprechungen von SPD-Führern stattgefunden, die zum Gegenstand hatten, eine Auflösung des Reichsbanners herbeizuführen.

2. Die Gründung einer Parteischutzwache war niemals Gegenstand einer Erörterung.

3. Das gute Verhältnis von SPD. und Reichsbanner ist erneut durch die Laifache bekräftigt worden, daß Genosse Künstler im erweiterten Bezirksvorstand den Gauvorsitzenden Reichardt und den Kreisführer Hante empfahl, auf die Kandidatenliste der SPD. in Berlin zum Reichstag zu setzen.

Eine ähnliche Erklärung geht uns von der Pressestelle des Reichsbanners zu. In ihr heißt es:

„Alle diese Behauptungen bestehen nur in der Phantasie der kommunistischen Sensationsjäger und ihres Nachrichtenlieferanten, dessen Meldungen erst kürzlich von einer Reihe Berliner Zeitungen auf Veranlassung des Reichsbanners berichtigt werden mußten.“

Einfachster Beweis dafür, daß von einem Zerwürfnis zwischen SPD. und Reichsbanner nicht die Rede sein kann, ist die Feststellung, daß führende Berliner Reichsbannerkameraden an ausschlaggebenden Stellen der sozialdemokratischen Kandidatenlisten erscheinen. Kamerad Stelling hat bereits vor Wochen dem Gauvorstand mitgeteilt, daß die wachsenden Aufgaben, die die politische Entwicklung ihm als Träger eines ober-schlesischen Reichstagsmandats auferlegt, ihm nicht mehr die Möglichkeit geben, das Amt eines Berliner Gauvorsitzenden auszuüben.

Eine glatte Lüge ist es, daß die Stellung des Kameraden Stelling im Reichsbanner seit Wochen untergraben und aus diesem Anlaß von irgend-einer Parteistelle der SPD. in den inneren Betrieb des Reichsbanners eingegriffen worden sei.“

Eine Richtigerstellung ihrer Lügen ist von der „Welt am Abend“ natürlich ihrem ganzen Charakter nach nicht zu erwarten.

famen, erfuhren sie, daß die Versammlung aus politischen Gründen verboten sei. Die Polizei hat in einer Beziehung Zolas zur deutschen Gegenwart offensichtlich ein politisches Thema gewittert und deshalb, da die Versammlung nicht als politische angemeldet war, sie kurzerhand verboten.

Der Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes ist vor kurzem vom Hauptvorstand des Schutzverbandes wegen ihrer hart kommunistisch beeinflussten oppositionellen Haltung ausgeschlossen worden. Vielleicht hat die politische Polizei durch Herrn von Werder darin den Anlaß gefunden, in einem literarischen Vortrag eine politische Aktion zu sehen.



# „Römisches Recht“

## Laienphantasien im „Angriff“

Der *Moniteur* des Herrn Goebbels ist heuer mit unserer Justiz gar nicht zufrieden. Die nationalsozialistischen Verleumder und Wege-lagerer haben durch das Urteil im Weiß-Prozess und durch den Freispruch der Angeklagten im Mordprozess Gatschke schwere moralische Ohrfeigen erhalten. Drei und fünf Monate Gefängnis für die „Angriff“-Redakteure, die nichts von ihren Verleumdungen gegen Weiß beweisen konnten, daran ist natürlich — die Justiz schuld! Freispruch der Angeklagten, die mit den Unschuldslämmern des Sturmes 33 in einen Kaufhandel geraten waren — Schuld der Justiz. Immerhin hält man sich neuerdings vor persönlichen Beschimpfungen der Richter zurück. Es ist Goebbels und den Seinen noch in trüber Erinnerung, wie die Unfähigkeit der Freisprüche und Kube auf die deutsche Juristenwelt gewirkt haben. Dafür hat man einen neuen Sündenbock gefunden. Der „Angriff“ schreibt:

„Wir messen hier den Richtern und auch den Vertretern der Staatsanwaltschaft keine Schuld zu. Die Schuld liegt einzig und allein beim Römischen Recht. . . Das Gericht als Exponent der Römischen Rechtspflege gab nicht dem Rechtsempfinden des Volkes, sondern dem des Juden Weiß Recht. Das muß so sein, so lange in Deutschland ein Römisches Recht existiert.“

Diese Ausrede auf das Römische Recht ist eine furchtbare Blamage der „Angriff“-Zeitung. Sie zeigt, in welchem Maße sich die Nazis auf die geschichtliche Unkenntnis ihrer Anhänger verlassen können. Sie haben einmal etwas davon läuten hören, daß im späten Mittelalter in Deutschland das Römische Recht, das vom Kaiser Justinian zusammengestellte *Corpus juris*, übernommen wurde. Diese Rechtsübernahme erstreckte sich jedoch lediglich auf das Zivilrecht. Das Strafrecht, das doch allein in den Prozessen Weiß und Gatschke in Frage kommt, ist niemals von den Römern übernommen worden. Das deutsche Strafrecht hat sich vielmehr entwickelt aus der *Carolina*, der peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. von 1532.

Von den 370 Paragraphen unseres heute geltenden Strafgesetzbuches ist nicht ein einziger römischen Ursprungs, höchstens ist ein gewisser Paragraph „römisch“. . . Aber für die Verleumdungen des „Angriff“ und für die Taten des Mordturmes 33 das im Strafgesetzbuch nicht vorhandene Römische Recht verantwortlich zu machen, das geht denn doch zu weit!

## Redeverbot für Graef

### verlangen die Nazis!

Die Teutonenschlacht in der Hofenheide nimmt in den Blättern der nationalen Konzentration immer noch einen erheblichen Raum ein und es gewährt einen ungeteilten Genuß, die Schlachtenberichte der beiden Generäle zu studieren. Hugenbergs Blätter stellen die bezeichnende Tatsache fest, daß sich unter den Nationalsozialisten ein Standardarzt befinde und daß sie Verbandszeug mitgebracht hätten, woraus sich die Planmäßigkeit der Störungen ergebe. Der „Angriff“ seinerseits glaubt wieder mangelnde Tapferkeit bei seinen nationalen Gegnern feststellen zu können. Zwar hätte Herr Graef ganz kollegial angefangen: „Sperrten Sie Ihr Ohr so weit auf, wie Sie Ihr Maul aufreißen.“ Aber dann seien die „Stenard-Jünglinge“ angstvoll hinter die Bühne getrocknet, bis die Polizei da war, „die Spleßer aber deckten sich und frochen zwischen den Stühlen am Boden herum“. Die Polizei unteruchte alle noch im Saale befindlichen Versammlungsteilnehmer nach Waffen.

## Sie wollen sich bessern

Der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg der NSDAP, Graf Helldorf, hat an die Untergruppen folgenden Befehl erteilt: „Die deutsch-nationale Presse legt mit ihrer Phantasie die letzten erfolgten Versammlungsforderungen auf unser Konto: Die deutsch-nationalen Versammlungen veröden an ihrer eigenen Langweiligkeit und Lächerlichkeit. Jede Beteiligung unserer Seite macht höchstens Reklame, Klamaufzieht Reugierige herbei, und Zahlung von Eintrittsgeldern stärkt den gegnerischen Wahlfonds. Daher ordne ich an, daß die SA sich von deutsch-nationalen Versammlungen fern hält.“

Wohin also geht sie jetzt, um „Klamauk“ zu machen?

Deutsches Heldentum scheint ja nach alledem keine Triumphe gefeiert zu haben, und da nach dem „Angriff“ die Scherz-Presse diesen Sachverhalt „wieder zu den frechsten und gemeinsten Unwürfen gegen die Nationalsozialisten“ zählt, sei es „unbeschreiblich, mit welcher marxistischen Methoden die Deutschnationalen unter dem Schutze des Gummitrippels ihren Heßfeldzug gegen

# Germanenschlacht



Vor dem allgemeinen Kampf pflügten sich — natürlich nur bei den alten Germanen — die Führer persönlich zum Zweikampf herauszufordern

Adolf Hitler und seine Bewegung und dann gegen das nationale Deutschland (!) durchzuführen dürfen.“

Die Entrüstung gipfelt auch bei den Nationalsozialisten in einem Hilferuf an die Polizei, von der sie eben erheblich Prügel bezogen hatten:

„Wir fordern von dem Polizeipräsidenten Reicher, daß man dem durch seine üblen Hehereien bekannten Reichstagspräsidenten Graef sofort ein Redeverbot auferlegt, weil er die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederholt schon aufs schwerste gefährdet hat. Was würde einem Redner von uns geschehen, der durch seine Ausführungen eine Saalschlacht herbeiruft?“

Das hätte sich der gute Großvater, der seinen nationalen Lieblingen so oft im Reichstag beigegeben hat, auch nicht träumen lassen, daß seine Freundschaft einmal diese Ermüdung findet. Im übrigen bewundern wir die Langmut dieser Polizei gegenüber den Provokationen des Goebbels-Blattes, das doch fortwährend zu solchen Rüpelien und Ausschreitungen anreizt.

## Jimmy schafft es nicht

### Die „Europa“ zu spät gelandet

Eigener Bericht des „Vorwärts“

New York, 7. Oktober.

Das New Yorker Staatsgericht hat auf die Klage der Demokratischen Partei entschieden, daß die Neuwahl eines Bürgermeisters notwendig ist. Die Wahl findet am 8. November statt, Jimmy Walkers Kandidatur ist ausgefallen.

Walker war nach seinem erzwungenen Rücktritt nach Italien gefahren. Als Bürgermeister fungierte in New York ein provisorischer Stellvertreter. Walker wollte einiges Groß über seine Kandidatur machen lassen, um später bei einer Neuwahl wieder zu kandidieren. Seine Gegner haben ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Wahl ist so schnell angelegt, daß er keine Kandidatur nicht mehr anmelden kann. Walker hatte zwar auf die Nachricht von der Verwaltungsklage sofort einen italienischen Dampfer bestiegen, um nach New York zurückzufahren. Dieses Schiff, das einen Schnelllebensrekord aufstellen wollte, erlitt in Gibraltar eine Havarie. Walker flog deshalb nach Cherbourg, um die „Europa“ zu erreichen, mit der er weitergefahren ist. Zu spät! Die „Europa“ ist noch nicht gelandet, und die Gegner Jimmys haben selbst den Schnelllebensrekord des besten Ozeandampfers der Welt gebrochen. An Stelle von Walker haben seine Gegner in der Demokratischen Partei den Stadtsyndikus D'Brion, einen Iren von Geburt, als Kandidat ernannt.

Zum neuen Chef des Protokolls wurde der bisherige Generalkonsul in Kattuta Graf Bassewig ernannt.

## Wieder Harzburger Keile!

### Schüsse in einer deutschnationalen Versammlung

Düsseldorf, 7. Oktober.

Die Deutschnationalen Volkspartei wollte am Freitagabend im Kaiseraal der Tonhalle eine Wahlversammlung veranstalten, in der Referendar Dr. Gieseler über das Thema „Nazi erwache“ sprechen sollte. Gleich zu Beginn der Versammlung wurde der Versammlungsleiter durch laute Zurufe unterbrochen, die ihn zwangen, die nationalsozialistischen Zwischenrufer durch den Saal hinaus zu lassen. Hierauf entstand ein unge-

heurer Tumult. Stühle flogen durch die Luft und es kam zu einer ausgedehnten Schlägerei.

Inzwischen war ein starkes Schuppaufgebot im Saale erschienen, das mit dem Gummitrippel den Saal räumte. Vorher waren im Saal schon mehrere Schüsse gefallen, durch die ein junger Mann schwer verletzt wurde. Auf der Straße legten sich die Kundgebungen der Nationalsozialisten fort.

## Abgeblasenes Manöver

### der SS.-Bataillone

Vom 14. bis 16. Oktober sollte die SS. der Gruppe Ost in Reckenburg ein Manöver veranstalten, das nach Meinung der Nazis in einer Großzügigkeit glänzen sollte, wie es nur im Vortriebsdeutschland möglich war. Die Nazis wollten die Formationen ihrer SS. und SA. in einer Stärke von etwa 8000 Mann auftreten lassen. Die Uebung sollte nach modernsten Grundfögen veranstaltet werden. Alle Verbände motorisiert. Das Manöver war im Raume Brühl-Wittenburg mit Marschrichtung auf Schwerin angekündigt und sollte am Sonntag, dem 16. Oktober, mit dem Einmarsch der Formationen in Schwerin enden, wo vor dem „großen Volk“ eine Parade geplant war. Von den obersten Herrschern der Hitlerischen Privatarmee waren angekündigt: Herr Stabschef Röhm und der Reichsführer der Schutzstaffel Himmler. Fast 300 Musiker der SS.-Kapellen der Gruppe Ost sollten unter Leitung eines ehemaligen kaiserlichen Obermusikmeisters am Sonnabend, dem 15. Oktober, Schwerin mit Konzert beehren.

Alles war in Butter. Da die mecklenburgische Naziregierung wirtschaftlich nichts leisten konnte, sollte wenigstens ein herzerfrischendes Schauspiel aufgeführt werden. Blögglich aber pläzt die Nachricht nach Schwerin:

„Die SS.-Manöver, die die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei in Reckenburg Schwerin Mitte Oktober zu veranstalten beabsichtigte, sind am Mittwoch zur allgemeinen

Ueberraschung von Adolf Hitler selbst abgeblasen worden.“

War hat den Soldatenpfeisern da in die Suppe gespuht? Der verunglückte Kindertag in Potsdam? Fehlte das Geld oder die Begeisterung der Großgrundbesitzer? Oder meldeten sich mächtigere Stellen? Schon wieder Urlaub? Der „Kampfsgeist“ scheint böss im Abflauen zu sein.

## Einzelhandel

### Schiedsspruch nach langer Verhandlung

In dem Streit um die Neuregelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen der 40 000 Berliner Einzelhandelsangestellten ist gestern am Mittwoch vom Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerberats Körner ein einstimmiger Schiedsspruch gefällt worden, der im wesentlichen folgendes befaßt:

Die Gehälter der Lehrlinge und Jugendlichen werden je nach der Gruppe um 10 bis 15 Prozent herabgesetzt. Die Gehälter der Angestellten in der Gehaltsgruppe I und II bleiben unverändert bestehen. In der Gehaltsgruppe III kommen die Gehälter für die höheren Berufsjahre in Fortfall. Für die Gruppe IV bleibt nur noch ein Grundgehalt bestehen.

Der Urlaub für die Lehrlinge und Jugendlichen wird um zwei Tage gekürzt. Der Urlaub für die Angestellten der Gruppen I und II wird in der Spitze um drei Tage gekürzt. Die Geltungsdauer für den Manteltarifvertrag ist bis zum 30. September 1933 festgesetzt worden, die für das Gehaltsabkommen bis zum 31. Januar 1933. Erklärungsfrist zu diesem Schiedsspruch läuft bis zum 15. Januar.

Zwei Nazistudenten wurden von der großen Strafkammer in Frankfurt a. M. wegen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie waren an den Frankfurter Universitätskramallen beteiligt. Das Gericht hebielt sich trotz der Milde der Strafen die Entscheidung über eine Bewährungsfrist nach weiteren Ermittlungen vor.

## Kammerspiele

### Eine Bauertragödie

„Das Verlobnis“, ein düsteres Mordspiel von Richard Billinger, erwies sich als schwaches Stück eines starken Dichters. Das enttäuschte Publikum bewahrte dem volkstümlichen Romanist, der den vorjährigen Ruhm seiner Raubnacht nicht mehrte, gebührende Achtung.

R. Br.

**Gold Dollar jetzt auch 6 Stück 20<sup>8</sup>**  
ZIGARETTEN



# Die Reichsbahnwirtschaft

Verkehrte Personalpolitik — Arbeitszeitskandal

Der Reichsbahndirektion Altona folgen die Direktionen in Köln und Wuppertal mit Meldungen über Neueinstellungen. Auch aus Berlin wird uns berichtet, daß die Reichsbahn, nachdem sie trotz aller Proteste ihre Massenentlassungen in den Bahnhofsarbeiten durchgeführt hat, jetzt dazu übergeht, einen Teil der bisher Beschäftigten als Zeitarbeiter für 2 oder 3 Monate wieder einzustellen. Wenn bisher die Einstellung und Arbeiterverteilung einer gewissen planvollen Regelung unterlag, so scheint sich jetzt alles willkürlich zu gestalten.

Die Reichsbahndirektion Berlin überläßt es jeder unteren Stelle, so viel Leute einzustellen, wie ihrer Meinung nach zweckmäßig erscheint. Weder die hohen Räte des Oberhauses noch die Personaldezernenten haben einen Ueberblick, wieviel Tagewerke bzw. wieviel Bedarf an Arbeitern notwendig ist. Erst hatte die Reichsbahn angeblich leinerte Mittel, ihr bisheriges Bauprogramm durchzuführen. Jetzt hat sie zwar die Mittel und stellt Leute ein, erklärt aber gleichzeitig, daß die Fortführung der Arbeiten an der elektrifizierten Wannseebahn in Frage gestellt werden müsse. Die Arbeiter der Wannseebahnstrecke werden nun wieder entlassen oder nach anderen Stellen überwiesen.

Mit der Begründung, daß sie 6000 Arbeiter extra einstellen wolle, hat die Reichsbahn mit den Gewerkschaften vereinbart, daß wöchentlich eine Feiertagschicht zulässig ist. Die Dienststellen erklären, daß in der nächsten Woche zwei Feiertagschichten gemacht werden müßten. Die Reichsbahndirektion sagt, das wolle sie nicht. Kein Wunder, wenn die Arbeiter durch diese dauernde Unruhe im Betrieb kopflos werden und daß betriebsfremde Brandredner, die sich als Kommunisten ausgeben, die Gelegenheit für günstig halten, Einfluß auf das Personal der einzelnen Betriebe zu gewinnen. So wurden in diesen Tagen auf der Wannseebahn einkündigende Proteststreiks durchgeführt, ein Bahnmeister aus der Wohnung geholt, den man hochleben ließ, während der Arbeitszeit auf freiem Feld Betriebsversammlung gemacht und dabei neben dem Abingen des Deutschlandliedes und der Internationale schwulstige Reden geführt. Den Leuten, die diese von der RGO unterstützten Rinkelstücken nicht mitmachen wollten, sind die Hacken aus der Hand gerissen worden.

Abgesehen davon, daß die Reichsbahn gegenwärtig etwa 20 000 Prozesse mit ihrem Personal vor den Arbeitsgerichten auslicht, ist es ihrer verkehrten Personalpolitik gelungen, unter den Arbeitern die Unruhe und Verzweiflungstimmung bis zum äußersten zu steigern.

## Zu den Beamtentätewahlen

verschickt z. B. der Reichsbahnobersekretär Westhusen an die Dienstvorsitzer der Strecken Berlin-Vehrer-Bahnhof-Spandau-Kauen, Spandau-Schönhauken a. E. und Bahnhof Bredow mit dem Dienstziele verlehene Propagandabriefe für die nationalsozialistische Beamtengewinnung. Die Reichsbahndirektion Berlin ist dagegen machtlos. Welche Verwirrung dieser ganze Kurs anrichtet, sieht man daran, daß das Personal so ziemlich durcheinander ist. Bei der Aufstellung der Vorschlagslisten zu den örtlichen Beamtentäten sind die konfusesten Firmenbezeichnungen aufgetaucht. Die streben sich gegenüber die Leute vom „Beamtenklub“ und „Berufsbeamtenklub“, die „Nationalsozialisten“ und die Leute vom „Deutschen Beamtenbund“, die „Frontsoldaten“ und die, die „Zurück zum Reich“ wollen, die „Nationalmänner“ und die „Auzerchten Beamten“ und weiß der Himmel, was sonst noch alles contra ist. Da hat der Zentralgewerkschaftsbund eine „Bürgerliche Beamtenvereinigung“, die sich mit der „Arbeitsgemeinschaft der Nazibeamten“ in den Haaren liegt, sein bestes Pferd, den bisherigen Vorsitzenden des Hauptbeamtenrats, Mohndorf, zugunsten eines Nazis geopfert, und die Reichsbahn hat diesen Mann zu einem Betriebsbeamten im Bezirk Halle versetzt mit der Aussicht auf Beförderung. Hält nun die Reichsbahn mit den Nazis oder ist sie neutral, oder hat sie mit dem Zentralgewerkschaftsbund Abmachungen getroffen? Jedenfalls ist in weiten Kreisen des Personals der Reichsbahn das Vertrauen zueinander und zur Leitung der oberen Stellen vollkommen erschüttert.

Wohin diese Entwicklung noch führen wird und ob nicht in absehbarer Zeit der eigentliche Dienstbetrieb den schwersten Gefahren ausgesetzt ist, kann niemand voraussagen. Lediglich der

## Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

zu dem sich etwa die Hälfte des Eisenbahnpersonals bekennt, sucht Vermunft und Ordnung hochzuhalten.

## Arbeitsgerichtsentscheid

Die skandalösen Arbeitszeitverhältnisse im Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn haben schon vielfach zu berechtigter Kritik Anlaß gegeben. Auch die Arbeitsgerichtsbehörden haben sich mehrfach mit diesen unhaltbaren Zuständen beschäftigt. Die Massenentlassungen bei der Reichsbahn haben zu zahlreichen Einspruchsklagen geführt; bei den

Arbeitsgerichtsbehörden herrscht gegenwärtig Hochbetrieb.

Bei diesen Einspruchsklagen spielt auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Einführung von Feiertagschichten im Betriebs- und Verkehrsdienst eine große Rolle. Das Landesarbeitsgericht in Essen hat sich in einer Entscheidung vom 1. Oktober 1932 auf den vom Einheitsverband der Eisenbahner vertretenen Standpunkt gestellt, daß die Kündigung eine unbillige Härte bedeutet, solange die Reichsbahn an der übermäßig langen Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst festhält.

Die Reichsbahngesellschaft hatte sich den Unternehmensanwalt Dr. Ransfeld, Essen, verschrieben, während die Arbeiterschaft durch den Genossen Breunig, Berlin, vertreten war. Der Anwalt der Verwaltung hat dem Landesarbeitsgericht die Nachprüfungsbeugnis der Betriebsverhältnisse bestritten und die Einführung von Kurzarbeit für rechtlich und wirtschaftlich unmöglich erklärt.

# Sparkassen und Kommunen

Ein unmögliches Arbeitbeschaffungsprogramm

Die Tagung des Vorstandes des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Breslau hat die Gerichte wieder aufleben lassen, welche die Sparkassen unmittelbar mit einem zweiten Arbeitbeschaffungsprogramm in Verbindung brachten.

Vielles neue Arbeitbeschaffungsprogramm, das jetzt bei der Regierung zur Diskussion steht, soll angeblich unter Anlehnung an das derzeitige veröffentlichte Projekt des Präsidenten Dr. Goerdeler vom Landgemeindegang eine Kreditgewährung der Sparkassenorganisationen an die Kommunen in Höhe von einigen hundert Millionen Mark versehen, die als Vorschüsse für künftige Steuererträge bei den Gemeinden gelten sollen.

Was sich die zuständigen Regierungsstellen bei diesem Programm gedacht haben, bleibt reichlich dunkel. Ist es doch schon ein völliger Widerspruch, daß man jetzt

## Die Sparkassen für kommunale Kredite einspannen

will, nachdem man ihnen durch Rotverordnung im vergangenen Jahr neue Kreditgeschäfte mit den Kommunen verboten hat. Sehr verdächtig ist auch die Tatsache, daß dieser neue Plan vielfach gerade von den Stellen verfolgt wird, die seinerzeit die Gesundheitsverbindungen der Sparkassen mit den Kommunen nicht genug kritisieren konnten.

Über hiervon einmal ganz abgesehen, scheint uns die Konstruktion dieses Kreditplanes völlig abwegig zu sein. Die Sparkassen sollen den Kommunen Kredite in Höhe von mehreren hundert Millionen zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten geben, für die der Zinssatz außerordentlich niedrig gehalten sein bzw. überhaupt weggelassen soll. Da die Sparkassen aber die Einlagen des Publikums verzinsen müssen, müßte das Reich zum mindesten die Zinsdifferenz zuschießen.

Bei der nur langsam fortschreitenden Besserung des Spargeschäftes — der August brachte seit dem Januar d. J. zum erstenmal einen Einlagenüberschuß — hätten die Sparkassen aber auch die Mittel, die sie den Kommunen zur Arbeitbeschaffung vorstrecken sollen, gar nicht flüssig. Die Sparkassen müßten sich daher diese Kredite erst selbst beschaffen und zwar über die Akzeptbank, die seinerzeit nach der Bankkrise von der Reichsbank als Zwischenschritt zur Bewährung von sogenannten Mobilisierungskrediten eingeschaltet wurde.

Die Sparkassen hatten sich bei der ersten Festigung der Kreditlage Anfang d. J. bereits sehr angestrengt, ihre Verpflichtungen bei der Akzeptbank zu verringern, und nur die politischen Unruhen, die im Mai mit dem Sturz der Regierung Brüning wieder einsetzten, haben die Abbedungen dieser Verpflichtungen wieder zum Stillstand gebracht. Es wäre völlig verfehlt, wenn man

## den offensivdigen Besserungsprozeß bei den Sparkassen,

den die Leitung dieser Organisation ganz zweifellos dazu benutzen wird, um sich durch weitere Abdeckung von Mobilisierungskrediten Luft zu verschaffen, durch Hineinziehung der Sparkassen in ein neues Anfurbelungsprogramm stören würde.

Den Sparkassen wäre in der jetzigen Situation sicherlich viel mehr gedient, wenn die Reichsbank diesen Organisationen das Wechselkontingent erhöhen würde, so daß die Millionenarmee der Kleinkreditnehmer in stärkerem Umfang als bisher mit Betriebskredit versehen werden könnte. Hier bieten sich Aussichten für eine Anfurbelung auf breiter Basis.

Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts ist nach mehrstündigem hartnäckigem Kampf ergangen. Das Gericht hat in seiner Begründung zum Ausdruck gebracht, daß die Ablehnung der Nachprüfung ein zu formalistischer Standpunkt sei und dem Gesetz nicht gerecht würde. Die von der Gegenseite herangezogenen Beschlässe des Reichsarbeitsgerichts konnten nicht ohne weiteres auf die Einspruchsklage bezogen werden, weil die Möglichkeit der Nachprüfung der Einzelverhältnisse durch zwei Tatsacheninstanzen gegeben sei.

Die Verkürzung der Arbeitszeit der Betriebsarbeiter von 54 auf 48 Stunden sei durchaus zumutbar und verurteile keine wesentlichen Mehrkosten. Im übrigen sei in fast allen Tarifverträgen die 48-Stunden-Woche als Höchst-arbeitszeit festgelegt, während die Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst der Reichsbahn noch bis zu 57 Stunden beträgt und die wöchentliche Schichtzeit bis zu 93 Stunden ausgebeutet wird.

Das Landesarbeitsgericht Essen hat sich in Uebereinstimmung mit den Arbeitsgerichten Dresden und Frankfurt a. Main auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung von Kurzarbeit im Betriebsteil der Bahnbetriebswerke rechtlich zulässig, technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei.

Die Regierung aber soll bei ihren Anfurbelungsplänen von den Sparkassen die Finger lassen, und wenn sie die Kommunen in die Arbeitbeschaffung miteinspannen will, die Gemeinden auf direktem Wege finanzieren. Im übrigen sollte sich die Regierung Papen sagen, daß die Diskussion über ein neues Arbeitbeschaffungsprogramm in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken muß, daß man in den Kreisen um Papen zu der Wirksamkeit des groh-angekündigten Septemberprogramms selbst schon das Vertrauen verloren hat.

## Stahlwerk Borsig

Betrieb wieder aufgenommen

Das seit längerer Zeit stillgelegte Stahlwerk bei Borsig in Zegei wird jetzt nach Eintreffen mehrerer größerer Aufträge wieder in Betrieb genommen. Die Vorarbeiten für die Anbetriebslegung sind bereits im Gange.

Wie wir hierzu noch erfahren, hängt die Besserung des Auftragsbestandes bei Borsig nicht mit dem Arbeitbeschaffungsprogramm der Reichsbahn zusammen. Die etwa 1000 Mann starke Belegschaft von Arbeitern und Angestellten, die seinerzeit bei dem Zusammenbruch von Borsig noch für die Aufarbeitung alter Auftragsbestände bis zum Juni dieses Jahres Beschäftigung hatte, konnte bis jetzt noch in Betriebe gehalten werden. In welchem Umfang Neueinstellungen auf Grund der Auftragsbesserung erfolgen, ist noch nicht bekannt.

## Voller Erfolg

Das Endergebnis der französischen Rentenkonversion

Das amtliche Resultat über die Konversion, über die Zinsherabsetzung französischer Renten lautet wesentlich günstiger, als man nach den Teilergebnissen annahm. Für Staatsanleihen im Gesamtbetrag von 85,5 Milliarden Franken (etwa 15 Milliarden Mark) wird der Zinssatz von bisher 5 bis 7 Proz. (durchschnittlich etwa 5½ Proz.) auf 4½ Proz. herabgesetzt.

Zwar ist für 4,5 Milliarden Franken die Rückzahlung verlangt worden. Dem stehen aber Reueinstellungen auf die neu auszugebende 4½-prozentige Staatsrente von fast drei Milliarden Franken gegenüber. Tatsächlich brauchen also nur 1,6 Milliarden Franken (etwa 264 Millionen Mark) bar ausbezahlt zu werden, ein Betrag, den der französische Staat ohne weiteres den großen Guthaben der autonomen Tilgungskasse entnehmen kann.

Nur etwa 2 Proz. des Gesamtbetrages sind bar zurückgefordert worden; das Verhältnis ist günstiger als bei der englischen Anleihekonzersion. In England beliefen sich die Rückzahlungen auf 5 Proz. des Anleihebetrages.

Corenz stellt 800 Mann ein. Die C. Corenz A.-G. in Tempelhof hat infolge einer Belegung des Rundfunkgeschäftes Neu-Einstellungen von 800 Arbeitern vornehmen können.

Hierzu 1. Beilage.

## „Friedenspflicht“

Auch die Christlichen protestieren

Im „Deutschen“ vertritt der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, Peter Tremmel, die Auffassung, daß das Milliardenengeschenk an die Unternehmer in Form von Steuergutschriften und Einstellungsprämien ausgerichtet hätte, den beabsichtigten Zweck (der Einstellung neuer Arbeitskräfte) zu erreichen, ohne auch noch auf Kosten der Arbeiter den brutalen Eingriff in die bestehenden Tarifdäne vorzunehmen.

Die Ermächtigung, die man den Arbeitgebern in der Verordnung vom 5. September gegeben hat, die tariflich gebundenen Löhne zu senken, ohne Mitwirkung der anderen Vertragspartei — der Gewerkschaften — ist eine brutale Vergewaltigung und Rechtslosigkeit der letzteren, die jedem Volksempfinden ins Gesicht schlägt. Sie ist ein Schlag gegen die Gewerkschaften, die man gesetzlich in Tefeln gesetzt hat.

Zu der jüngsten Durchführungsverordnung sagt Tremmel: „Wir haben die Empfindung, daß man mit dieser Ausführungsverordnung die Unternehmer ermuntern will, von der Verordnung vom 5. September restlos und brutal Gebrauch zu machen.“

Damit sind alle Kombinationen gegenstandslos, in dieser Frage einen Gegensatz zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaften zu konstruieren.

## Selbst die Deutschnationalen,

die zur Reichstagswahl auf arbeitnehmerfreundliche Parolen bedacht sind, fordern „soziale Gerechtigkeit“. Die bisherigen parlamentarischen Vertreter der gelb-deutschnationalen Wertfriedlichen wurden beim Reichsarbeitsminister vorstellig, um ihm zu sagen, sie könnten sich unter keinen Umständen mit den §§ 1 bis 6 der Rotverordnung einverstanden erklären. Die neuen schematischen Lohn- und Gehaltskürzungsmöglichkeiten seien untragbar und müßten als einseitige Belastung der Arbeiter- und Angestellten wirken.

Als Freunde des Rotverordnungs-Lohnbruchs

hat der Reichsarbeitsminister Schäffer samt seinen Ministerkollegen in der Papen-Regierung nur noch den scharfmacherischen Teil des Unternehmens auf seiner Seite, die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft gegen sich.

Wer den Gewerkschaften „Friedenspflicht“ diktiert, darf den Tarifvertragsfrieden nicht brechen!

## Bilanz Brown-Boveri

Hoher Millionerverlust

Reichlich spät veröffentlicht jetzt das führende süddeutsche Starkstromunternehmen, die Brown-Boveri A.-G. in Mannheim, ihren Abschluß für das Krisenjahr 1931. Bei der rapiden Umsatzschrumpfung in der Starkstromfabrikation und im elektrischen Großmaschinenbau war mit einem größeren Verlust bei dem Unternehmen zu rechnen. Trotzdem überrascht der vorliegende Abschluß durch die Höhe der Verluste.

Das Unternehmen, das für das Krisenjahr 1930 immerhin noch aus einem Reingewinn von über 1 Million eine Dividende von 5 Proz. gezahlt hat, weist für 1931 einen Verlust von 7,91 Millionen aus. Da vor dem Ausweis des Verlustes noch 1 Million Mark eigener Aktien eingezogen worden sind, deren Buchgewinne für die Verlustverrechnung in Anspruch genommen wurden, dürfte sich der Gesamterlust bei Brown-Boveri noch bedeutend erhöhen.

Wie die Verwaltung im einzelnen noch mitteilt, sind durch Materialentwertung Ausfälle bei den Forderungen aus die Kundschaft und ausländischen Währungsverfall etwa 3,26 Millionen Mark an Verlusten entstanden, und in gleicher Höhe traten Verluste durch außerordentliche Abschreibungen bei Tochtergesellschaften und Beteiligungen ein. Der Umsatz im Berichtsjahr lag um etwa 22 Prozent unter dem Stande von 1930. 40 Prozent des Abzuges gingen ins Ausland. Im laufenden Jahr hat sich der Auftragszugang noch nicht gebessert. Erst in allerletzter Zeit machen sich in einzelnen Abteilungen Anzeichen einer Belebung bemerkbar.



# Nazis ermorden ein Mädchen

## Ein Sittendrama aus der Hitlerjugend

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 7. Oktober.

Ein 23jähriger Scharführer der Frankfurter Hitler-Jugend, Robert Stubentrauch, ist des Mordes an seiner Geliebten überführt worden, den er gemeinsam mit seinen zwei 17- und 18jährigen Freunden, die ebenfalls der Hitler-Jugend angehören, ausgeführt hat. Damit hat der Tod der 19jährigen Hausangestellten Emma Busse, die im Dezember vorigen Jahres aus Frankfurt verschwand und im Mai als Leiche aus dem Main gezogen wurde, nach nunmehr zehn Monaten seine Aufklärung gefunden.

Die Angehörigen der Busse und die Polizei nahmen bisher an, daß das junge Mädchen Selbstmord verübt habe. Erst vor kurzem hatte eine Schwester im Nachlaß der Verstorbenen die Abschrift von zwei Briefen gefunden, die diese kurz vor ihrem Tode an einen gewissen Robert gerichtet hatte. In diesen Briefen teilte sie dem Robert mit, daß sie sich von ihm scheidet. Da sie wisse, daß er sie nicht heiraten werde, forderte sie ihn auf, wenigstens die Alimente zu zahlen.

Der „geliebte Robert“ hatte sogleich mit seinen beiden Freunden, zwei Bäckereihilfen, die Möglichkeiten besprochen, wie er das ihm lästig gewordene Mädchen loswerden könnte. Der eine Freund schlug vor, das Mädchen zu erschießen,

der andere empfahl dagegen auf das eindringlichste, sie von einer Brücke in den Main zu werfen. Diefem Plan stimmte Robert zu. Es gelang ihm auch, das Mädchen zu einem nächtlichen Spaziergang am Mainufer zu bewegen. Während die beiden Helfershelfer der Mordtat unbemerkt auf Fahrrädern folgten, verbrachte Stubentrauch — und das ist wohl das unvorstellbar Grauenvolle dieses Verbrechens — unmittelbar vor der Ermordung noch eine Liebesstunde mit seinem Opfer. Willig folgte ihm dann die Freundin auf eine sehr einsame Mainbrücke, während die beiden Freunde die Brückenzugänge vor Latzzeugen sicherten. Das Mädchen wehrte sich mit allen Kräften und klammerte sich an dem Geliebten und an dem Geländer fest. Ob Stubentrauch oder der eine der Freunde dem Mädchen den Stoß verleihte, der die Bedauernswerte aus dem Gleichgewicht brachte und ins Wasser stürzen ließ, konnte noch nicht völlig geklärt werden, da die Verdächtigen sich gegenseitig beschuldigen.

### Ein geradezu phantastischer Zufall hat die Aufdeckung der Mordtat herbeigeführt.

Der Mörder machte die vorige Woche in einem Café-Restaurant, ohne zu ahnen, wen er vor sich hatte, die Bekanntschaft der beiden Schwestern seines Opfers. Als er mit den Mädchen zu spaßen begann, fragte ihn die jüngste plötzlich nach seinem Namen. Arglos stellte er sich vor: Robert Stubentrauch. Ein jähes

Ahnen durchzuckte das Mädchen, das sofort rief: „Dann sind Sie vielleicht der Mann, dem meine verstorbene Schwester Briefe geschrieben hat...?“ Fassungslöse Ueberrassung und höchste Erregung verrieten sogleich den Mörder, dessen festiges Leugnen den Argwohn der Schwestern nicht bannen konnte. Die Polizei erhielt Kenntnis von dieser Caféhauszene und verhaftete Stubentrauch, der sogleich seine Mitverschworenen verriet. Daß sie nach einem gemeinsam verabredeten Mordkomplott handelten, haben die drei Mörder eingestanden. In Frankfurt erregt es das allergrößte Aufsehen, daß

die drei Mordbuben, die das grausame und hinterhältige Verbrechen gemeinsam ausgeführt haben, der Nationalsozialistischen Jugend angehörten.

Die Tatsache, daß Stubentrauch am letzten Freitag angeblich wegen einer „Streiterei“ aus der Nazi-partei ausgeschlossen wurde, verleiht nur den Verdacht, daß man in Nazikreisen von den Schandtaten Stubentrauchs gewußt hat. Stubentrauch ist auch einer der Scharken, die an dem brutalen Ueberfall einiger Nationalsozialisten auf den 60 Jahre alten Sozialdemokraten und Eisernen-Front-Mann Braun in Frankfurt-Bockenheim im Mai dieses Jahres beteiligt war. Braun wurde seinerzeit mit Faustlatten niedergeschlagen und so schwer verletzt, daß er noch heute an den Folgen zu leiden hat.

geschlagen. Die übrigen SA-Leute hätten den Blutenden später verbunden. Weiter heißt es, daß die von dem Stabsführer der Untergruppe West vernommenen SA-Leute betonten, sie hätten nicht gewußt, daß von Bellmond in der Wohnung anwesend war.

Eine nette Gefinnungsgruppe, dieser „Sturm 14“! Erst sehen die Burken zu, wie der junge Mensch niedergeschlagen wird, ohne eine Hand zu rühren, um den Täter zurückzuhalten, und nachher legen sie dem Schwerverletzten noch großmütig Verbände an.

Im übrigen sollte es der Politischen Polizei jetzt nicht mehr schwer fallen, die Banditenschar, von der erst ein Beteiligter festgenommen ist, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Denn der Herr „Stabsführer der Untergruppe West“, der die „Vernehmungen“ leitete, müßte wohl über den Aufenthaltsort seiner „rauhn Kämpfer“ orientiert sein. Jedenfalls ist eine völlige Klärung des Ueberfalls unverzüglich notwendig!

## Es wird aufwärts gehen!

Die Deutsche Reichspost-Klebe- u. b. H. und das BTB-Branchen-Telephon-Buch G. m. b. H. lassen jetzt gemeinsam mit den Telephonrechnungen der Reichspost-Klebe-Zettel verschiden, in denen es u. a. heißt: Das BTB wird bekanntlich kostenlos an die Fernsprechnutzer (Hauptanschlüsse) abgegeben. Zweckmäßiges Eintragen im BTB wird in der Ausgabe 1933, dem Jahr der Wirtschaftsbelebung, infolge der außergewöhnlich hohen Auflage ganz besonders starke Werbewirkung haben.

Wer diesen Hinweis auf die kommende Wirtschaftsbelebung etwa allzu skeptisch entgegennehmen wollte, der möge beachten, daß es z. B. auch in dem Organ des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine, der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, über die kommenden Aufgaben der GGB heißt: „Als erstes sichtbares Zeichen einer Wirtschaftsbelebung wird der infolge der Wirtschaftsnote eingestellte Bau der Margarinefabrik fertiggestellt werden.“ Also auch hier Zuversicht auf kommende Wirtschaftsbelebung. Das mag besonders von jenen Unken beachtet werden, die jetzt in Berlin umherstreifen, um gegen die Konsumgenossenschaft Stimmung zu machen.

## Strenger Winter

### Was die Wetterpropheten meinen

Nach allen meteorologischen Erfahrungen werden wir im kommenden Winter mit außerordentlich niedrigen Temperaturen zu rechnen haben, die, wie vermutet wird, denen kaum nachstehen, die die Jahre 1911 und 1921 aufwiesen. Zwar sank das Quecksilber im Thermometer während der Wintermonate 1928/29 beträchtlich tiefer, als in den beiden anderen erwähnten Jahren, jenem Winter ging jedoch kein überaus heißer Sommer voraus.

Gerade die vergangenen Sommermonate haben unseren Meteorologen gute Handhaben für die Voraussage für den Winter gegeben. Während der Juni noch verhältnismäßig kühl war, lagen die Septembertemperaturen über dem gewöhnlichen Durchschnitt. Der heißeste Monat war August, wo am 20. und 21. Temperaturen bis über 37 Grad gemessen wurden. Bemerkenswert an dem vergangenen Sommer war ferner, daß trotz der übergroßen Hitze von einer Dürre nicht gesprochen werden kann. Alle meteorologischen Konsequenzen nach Dürre auf jeden Fall erstens mit einem langen Winter und zweitens, wie schon gesagt, mit Minimaltemperaturen im Januar, vielleicht sogar noch in der ersten Februarwoche zu rechnen sein.

## Weltstadt als Waldstadt

### 10 000 ha Dauerwald

Von den 88 347 Hektar des Berliner Stadtgebietes sind mehr als ein Viertel, nämlich 22 476 Hektar, Forst, also Waldgebiet. Berlin ist also eine wirkliche Waldstadt und läßt den für die Bevölkerung als Erholungsmöglichkeit so bedeutungsvollen Besitz durch drei Oberförstereien, drei Revierförstereien und zwei Forstereien hegen und pflegen.

Von den 22 476 Hektar sind 10 006 Hektar als Dauerwald erklärt. 84 Proz. der Waldbestände sind Nadelholz, und nur 16 Proz. Laubholz. Von den 20 Verwaltungsbezirken ist der Bezirk Köpenick mit 4887 Hektar am waldbereichsten, dann folgt Wilmerdorf, das den 3165 Hektar großen Grunewald einschließt. Von den Berliner Forsten, die außerhalb des Reichsbildes liegen, ist der Forst Lanke mit 3713 Hektar am größten; in weitem Abstand erst folgen die Berliner Waldbestände im Kreis Niederbarnim mit 1336 und Oberbarnim mit 1054 Hektar. Innerhalb des Stadtgebietes sind außerdem noch 1903 Hektar Parkanlagen vorhanden. Davon besitzen u. a. der Bezirk Tiergarten 263 Hektar, Charlottenburg 256 Hektar, Treptow 244 Hektar.

Rund 340 Hektar Berliner Gebiet steht unter

Naturschutz, so die allein 111 Hektar großen Hochmoore und Fennflächen des Grunewalds, die Pfaueninsel, der Lichterfelder Schlosspark, die Krümme Laake bei Rahnsdorf, der Faule See in Weihensee usw.

## Das Berliner Kino

### Im Urteil der Steuerbehörde

Die Städtische Finanz- und Steuerdeputation trat am Freitagmittag unter dem Vorsitz des Stadtkämmerers zusammen, um entsprechend einem Antrage der Stadtverordnetenversammlung zur Frage der Vergünstigungssteuererleichterung bei den Lichtspieltheatern Stellung zu nehmen.

Der Obersteuerrichter gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Lichtspieltheater in den letzten Jahren, aus dem hervorging, daß das Lichtspielgewerbe weniger hart von der Wirtschaftskrise betroffen worden ist als viele andere Gewerbebetriebe. Er wies sodann auf die im letzten Jahre getroffene Regelung hin, durch die die Steuer insbesondere für die kleinen Theater ermäßigt worden ist. Dieses Entgegenkommen der Stadt bedeutet einen Einnahmeausfall von etwa 700 000 Mark.

Vom 1. Oktober d. J. an sollen darüber hinaus die ermäßigten Karten für erwerbslose Theaterbesucher nur noch mit einer fünfprozentigen Steuer (statt bisher durchschnittlich 9 Proz.) bestraft werden. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Karten für Erwerbslose um mindestens 20 Pf. billiger sind als der Mindestkassenpreis desselben Theaters und daß sie höchstens 40 Pf. bei Lichtspieltheatern, 50 Pf. bei Zweitauflührungstheatern und 60 Pf. bei Erstauflührungstheatern kosten.

Die Finanzdeputation erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden.

## Geist der SA.

### Ein bezeichnendes Dokument

Zu dem Gemeinheitsfall der SA in der Kantstraße, bei dem der 18jährige von Bellmond schwer verletzt wurde, veröffentlicht ein Berliner Vormittagsblatt eine Erklärung der „Untergruppe West der Berliner SA“, die ein geradezu treffendes Bild von dem Geist der hitlerischen Landsknechte gibt.

Es heißt da, daß die SA-Leute den jungen Bellmond — der noch immer als SA-Mann bezeichnet wird — nicht leiden konnten, weil er in dem „Spielklub“ in der Kantstraße verkehrte.

Zehn SA-Leute hätten eine Bierreise unternommen, und als sie angetrunken waren und kein Geld mehr hatten, sei einem der Saufkumpone eingefallen, daß er von dem Spielleiter in der Kantstraße noch Geld zu fordern hätte. Also um 1/5 Uhr früh begab sich die Nazihorde nach der Kantstraße, und als die Burken an die Wohnungstür klopfen, hätte von Bellmond geöffnet. Dabei sei der junge Mann mit dem SA-Mann B. sofort in Streit geraten und mit einer Bierflasche habe B. den anderen nieder-

## Mummi, der Pfadfinderführer

### Läßt peitschen und nennt es deutsche Erziehung

Die Sittlichkeitsvergehen des Pfadfinders Mummi und die schweren Mißhandlungen, die er zwei seiner Jungens zuteil werden ließ, haben in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt. Mögen nun die ersten Zeitungsmeldungen auch ein wenig aufgebauscht gewesen sein, was jetzt nach der Verhandlung übrig blieb, war immerhin noch schlimm genug — das Ganze auch ein Beitrag zur „Ertüchtigung“ deutscher Jugend im „vaterländischen“ Sinne. Vollkommen undenkbar, daß etwas ähnliches bei den Roten Falken oder im Zeltlager der Arbeiterjugend passieren könnte.

Mummi, ein infantiler Mensch mit konstitutioneller gleichgeschlechtlicher Anlage, erblich schwer belastet, schloß sich, wie so mancher feinesgleichen, den Jugendbänden an in der Hoffnung, hier vielleicht seinen Trieb zu sublimieren, d. h. vergeistigen zu können. Er wurde eifriger Organisator eines Pfadfinderbundes in Berlin und stand bald an der Spitze von 90 Jungens, die in verschiedenen kleinen Gruppen verteilt waren. In einer solchen Gruppe von Jungens im Alter von 12 bis 17 Jahren, deren Unterführer der 17jährige M. war, verkehrte Mummi besonders gern. Und so besuchte er sie auch während der Pfingstfahrt in ihrem Zeltlager an einem der märkischen Seen. Als zwei von den Jungens aus dem Lager „austrateten“, wurden sie von Mummi und dem Unterführer eingeholt. Zuerst wurden beide mit einem Stoß geschlagen, daß er brach, dann wurden ihnen die Hände mit einem Lasso gefesselt.

sie wurden an die Fahrräder gebunden und mußten die 18 Kilometer im Trab zurückmarschieren.

Am Abend veranstaltete man beim Lagerfeuer ein Jungengericht. Es sollte entschieden werden: Entweder eine Tracht Prügel oder Ausschluß aus der Gruppe. Man beschloß eine Tracht Prügel. Mummi hatte bereits vorher vorsorglich eine Reipette gekauft. Man begab sich in den Wald. Die beiden Flüchtlinge mußten sich entblößen.

Während die Jungens sie fest hielten, bejorgte der Unterführer das Durchpeitschen. Einer der Jungens erhielt 15, der andere 18 Schläge.

Als die Eltern einige Tage später die blutunterlaufenen Striemen bemerkten, wurde gegen Mummi Anzeige erstattet. Es ergab sich, daß er sich nun, wenn auch nicht besonders arg, an einem der beiden Jungens, dem noch nicht 14jährigen S., sittlich vergangen hatte.

Die Anklage gegen ihn lautete auf Sittlichkeitsverbrechen, Körperverletzung und Freiheitsberaubung. Was sagte er nun vor Gericht zu seiner Verteidigung?

Er habe durch die Ertüchtigung der Jungens der Verweidlichung durch die Familie entgegenarbeiten wollen.

Wie durch Singen vaterländischer Lieder, Geländespiele, Gergzieren und dergleichen mehr im vaterländischen Sinne erziehen wollen. Und um die Fesselungen verständlicher erscheinen zu lassen, legten die Verteidiger dem Gericht zwei Nummern der Zeitschrift „Der Pfadfinder“ vor, in denen bei entsprechenden Zeichnungen zu lesen war: „An fünf schönen Bäumen gebunden, erwarteten fünf Kerle ihr Schicksal.“ Und weiter:

„Ein allddeutsches Spiel ist es, überlegen, hinteren entblößen und Schinken klopfen. Vorzügliches Mittel zur Ertüchtigung.“

Der Staatsanwalt wollte diese „vaterländischen Erziehungsmethoden“ nicht gelten lassen und beantragte 1 Jahr 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte erlitt während der Reden der Verteidiger einen schweren Ohnmachtsanfall, er wurde verurteilt wegen Körperverletzung in vier Fällen und Sittlichkeitsvergehen in einem Falle zu 7 Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Ueber die Zubüßung einer Bewährungsfrist soll noch entschieden werden.

Känner Berlins! Das Dreigroschenwunder kommt für 15 Pf. M.D.K.



# Maria Montessoris Werk

2000 Schüler im kleinen Holland und 400 in Deutschland

Die Dienstag-Verhandlungen des Kongresses für Kleinkinderziehung des Bundes entschiedener Schulreformer war der Lehre der großen italienischen Pädagogin Maria Montessori gewidmet, die in Deutschland mit einigen Abweichungen von zwei Vereinen vertreten wird. Vormittag sprachen die Angehörigen des „orthodoxen“ Vereins Montessori-Pädagogik Deutschlands.

Zuerst Frau Kump-Berlin über: Das Kind unter Kindern. Sie betonte die ungeheure Verantwortung, die die Eltern dem Kind gegenüber haben. Sie dürfen sich nicht fühlend auf das Kind stützen, müssen ihm seine Entwicklung überlassen. Ein gesundes Kind will seine Arbeit selbst verrichten. Heute braucht es keine Kraft zur Verteidigung, muß aber in dem ungleichen Kampf unterliegen. Für das Kind ist Tätigkeit Selbstzweck. Wer seine Eigenart nicht achtet und ihm Stundenpläne vorschreibt, zerstört seine schöpferische Kraft. Das Streben Pestalozzis, unbekanntes Kräfte im Kind Raum zu geben, erfüllt Montessori. Sie schafft dem Kind seine eigene, ihm angepasste Welt, in der es tätig sein kann.

Denselben Gedanken spinnnt Ilse Alster in ihrem Vortrag: Das Kind unter Kindern. Wir haben nicht die Aufgabe, das Kind zu erziehen, sondern sollen ihm den Weg zur eigenen Entwicklung freimachen. Es gilt nicht, das Kind zum Staatsbürger herzurichten, es hineinzumängen in die Bindungen der Erwachsenen. Es soll zum eigenen Zweck sich in Freiheit entfalten. Liebe muß ergänzt werden durch Verständnis. Ziel muß sein: das Haus der Kinder für alle.

Im weiteren Verlauf kam die Richtung zu Wort, die dem Montessori-Gedanken freier gegenübersteht und auf ihm weiterbaut. Professor Gerhards-Kachen behandelte das Montessori-Kinderhaus als organischen Unterbau der Montessori-Schule.

In Holland gibt es bereits 2000 Schüler in Montessori-Grundschulen, in Deutschland erst 400 in 15 Schulen.

Die Erkenntnisse der Montessori-Erziehung gelten nicht nur für das Kleinkind, sondern für die ganze Erziehung. Käse Stern-Brostau gab Wertvolles über die Pflege der schöpferischen Phantasie. Im Gegensatz zur strengen Montessori-Methode, die sich mehr auf die intellektuelle Entwicklung beschränkt, gibt die neue Richtung auch Gelegenheit zum Phantasienspiel, das aber nicht von Erwachsenen

organisiert werden darf. Ewa von der Dunt zeigte das Montessori-Kinderhaus als Ganztagsarbeit; die aus der naturgemäßen Entwicklung aufsteigende Schöpferkraft des Kindes an Hand interessanter Lichtbilder.

Am letzten Tag kamen die Psychoanalytiker zu Wort. Vor gespannter Hörerschaft im überfüllten Saal sprach Siegfried Bernfeld über die Psychologie des Kleinkindes, während Anna Freud-Wien die Erziehung des Kleinkindes vom psychoanalytischen Standpunkt aus und Gertrud Behn-Eichenburg-Zürich die psychoanalytische Erziehung des Kleinkind-Erziehers behandelte. Hier fehlt der Raum, die in die Tiefe dringenden Darlegungen der gelehrten Redner wiederzugeben. Hierfür wie für das übrige sei auf den noch in diesem Jahre erscheinenden ausführlichen Tagungsbericht hingewiesen. Die Zeitschrift der Berichterstatter enthält zusammen mit anderem wichtigen Stoff „Die Neue Erziehung“, Oktober-Heft.

Einen kraftvollen Ausklang des ganzen auf Erkenntnis, Kampf und Hilfe eingestellten

## 1,75 Milliarden für Fremdenverkehr

Die deutschen Bäder für das ganze deutsche Volk!

Der Allgemeine Deutsche Bäderverband legt der Öffentlichkeit einen Bericht über seine vor kurzem in Bad Kreuznach abgehaltene 41. Generalversammlung vor, dem wir einige allgemein interessierende Tatsachen entnehmen, wie sie im besonderen in dem Vortrag des Legationsrats Dr. Davidson über die „Volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bäder“ zum Ausdruck kamen.

Man berechnet hiernach den Gesamtumsatz eines einzigen deutschen Reise- und Verkehrsjahres auf die ungeheure Summe von 1 1/2 Milliarden Mark. Davon entfallen etwa 600 bis 700 Millionen Mark allein auf die Reichsbahn, 300 Millionen auf Kraftfahrt, Luftfahrt, See- und Binnenschiffahrt und etwa 750 Millionen Mark auf die deutschen Gaststätten. Trotzdem erfährt die wirtschaftliche Seite des deutschen Fremdenverkehrs bei weitem nicht die Würdigung, die ihr zukommt. Andere Länder wie Frankreich, Italien und die Schweiz sind uns in der Werbung für den Fremdenverkehr weit voraus. In Amerika wird allen Fragen des Fremdenverkehrs in seiner Bedeutung für die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten besonderes Interesse gewidmet.

Gaben doch die amerikanischen Touristen im Reisejahre 1929 im Ausland nicht weniger als 868 Millionen Dollars, d. i. über 3 1/2 Milliarden Mark.

Im Jahre 1931 waren es allerdings nur noch 570 Millionen Mark, die die reisenden Amerikaner ins Ausland trugen, und in Amerika weist man darauf hin, daß die Amerikaner dergestalt im Ausland mehr ausgeben, als sie an Zinseinnahmen aus ihren gesamten im Ausland angelegten Kapitalien hereinkommen. Bedauerlich ist nur, daß Deutschland von diesem Dollarreisefleuge nur kümmerliche 8 1/2 Millionen Dollars abbekommen hat, während auf Frankreich 110 Millionen Dollars entfielen.

Trotzdem man also jahrelang eine gut arbeitende Propaganda in Amerika selbst unter dem Motto: Germany wants to see you, d. h. Deutschland bittet um Ihren Besuch! betrieben hat, trotzdem doch Deutschland mit seinen vielen ausgezeichneten Heilquellen und Kurorten und seinen herrlichen Städten und Landschaften ein Reiseziel ist wie kaum ein anderes, ein solcher Mißerfolg!

Die wahre Ursache, warum das Ausland mehr und mehr Deutschland meidet, liegt darin, daß die nationalsozialistischen Nordbanditen in Deutschland freie Hand hatten, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zugleich damit das deutsche Ansehen im gesamten Ausland unter ihre Füße zu trampeln.

Ein einziger Ausländer, der ungeführt in Berlin angerepelt oder gar niedergeschlagen wird, bewirkt, daß 10 000 andere Ausländer nicht mehr nach Deutschland kommen. Und wenn 100 Millionen Ausländer alle Tage lesen, daß Feme, Mord, Blut- und Gewalttaten aller Art durch Deutschland rufen, wer bekäme da Lust, nach Deutschland zu reisen? Obergangern und Oesterreich haben es seinerzeit zu ihrem schweren Nachteil erfahren, Braunschweig wird es noch erfahren, was es für den Fremdenverkehr heißt, wenn Hafentouristen ungeheimt walden dürfen. Allerdings wurde die Schaffung von Ruhe und Ordnung im Innern als Forderung sowohl von Legationsrat Dr. Davidson wie von dem Geschäftsführer des ADV, Hauptmann Schmidt, erhoben. Der „Vorwärts“ aber hat seit Jahren darauf hingewiesen, daß die Durchsetzung dieser Forderung die Voraussetzung eines Aufblühens des deutschen Fremdenverkehrs, Ruhe, Kur- und Bäderwesens ist.

Kann kurz geht der Bericht nur auf den Vortrag Dr. med. Engelmanns über die „Bedeutung

Konkretes gab der Nachmittag der Entschiedensten Schulreformer. Otto Tade-Fürstenwalde sprach über Kleinkinderziehung als entscheidende Schulreform, Fritz Helling über Erziehung als Kulturpolitik. Er zeichnete die liberale Erziehungslehre als idealistische Begleiterin des aufstrebenden Bürgertums, dessen Verfall sie teilt. An ihre Stelle soll nun eine neue gestellt werden, die angeblich auf völligem Idealismus, in Wahrheit auf Anechtung durch wirtschaftliche und politische Machtgebilde gerichtet ist.

Diese völlige Richtung wird rascher abwickeln, als die andere, die der Menschheit durch Pestalozzi, Fichte, Froebel u. a. ewige Werte gesendet hat.

Wir Schulreformer setzen als Ziel die Erziehung zur solidarischen Gesellschaft: die Erfüllung der alten Sehnsucht nach Freiheit in der Gemeinschaft. Der letzte Sinn des Sozialismus ist die Menschwerdung des Menschen. Der Anfang der Befreiung ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — das Ziel die Verwirklichung des Menschen (Marx).

Paul Destréich schloß mit kräftigen und klugen Worten die würdig verlaufene Tagung. Möge dem äußeren Erfolg die Wirkung als Ansporn zur Tat nicht fehlen!

der deutschen Bäder für die Volksgesundheit“ ein, so daß man leider nicht erfährt, ob der Referent auf die großen Gefahren eingegangen ist, die gerade dieser deutschen Volksgesundheit aus dem fortgesetzten Abbau der Wirtschafts- und Sozialrechte erwächst. Ebenso kurz können wir dazu folgendes sagen: Wenn man etwa glaubt, daß dem deutschen Fremdenverkehrs, Reise- und

Achtung, Erweiterter Bezirksvorstand! Sonnabend, 8. Oktober, 15 1/2 Uhr,

im Zimmer 106 des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3 (Haupteingang), wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes. Vertretung ist nicht zulässig.

DER BEZIRKSVORSTAND

Kurortwesen dadurch geholfen werden wird, daß in echt kapitalistischer Denkwiese auf der einen Seite die keine Schicht der Besitzenden, die sich alles leisten kann, ständig gefördert wird, und auf der anderen Seite steht die ungeheure Masse des verarmten und verelendeten Volkes, das nicht einmal so viel hat, um am Sonntag mit der Straßen- oder der Vorortbahn hinauszufahren, dann wäre man auf einem gefährlichen Holzweg. Sommerfrischer, die im Böhmer Wald (bayerische Seite) gewohnt sind, berichten z. B., daß der Anblick der vielen arbeitslosen, halbverhungerten Arbeiter mit ihren verelendeten Frauen und Kindern derart grauenhaft gewesen sei, daß sie es kaum haben aushalten können und daß von einer Erholung gar nicht mehr die Rede sein konnte.

Die deutschen Heilquellen und Heilbäder, die deutschen Berge und Wälder, Meere und Seen müssen für das gesamte deutsche Volk, für die Erhaltung seiner Gesundheit, für die Bereicherung seines Daseins vorhanden sein.

Wir hoffen und wünschen, daß wir auf der nächsten, der 42. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Bäderverbandes dieses Bekenntnis zur Volksgesundheit vernehmen werden, das gleichbedeutend wäre mit einem Bekenntnis zum Ausbau des in den Anfängen festgebliebenen volkstümlichen Kur- und Bäderwesens und einer Erhaltung, einem Ausbau und Wiederaufbau aller volkshygienisch-sozialen Ertragsleistungen des letzten Jahrzehnts.

## Autobus abgestürzt Zwei Tote, zwölf Verletzte

Mailand, 7. Oktober.

Ein elektrisch betriebener Autobus der Verkehrslinie Brescia-Gardasee mit 13 Fahrgästen geriet, vielleicht wegen der Risse der Fahrstraße, ins Gleiten. Der Führer konnte den Wagen nicht wieder in die Gewalt bekommen. Das schwere Gefährt stürzte die Böschung hinab und überschlug sich auf einer Wiese. Während der Führer des Wagens nur leichte Verletzungen davontrug, erlitten sämtliche 13 Fahrgäste mehr oder minder schwere Verwundungen. Zwei Verunglückte sind bereits gestorben.

## In wenig Worten

Das erste drahtlose Ferngespräch zwischen Berlin und Batavia, das zwischen der Reichsrundfunkgesellschaft Berlin und dem Welt-Hörer von Bronau verabredet war, kam gestern, Freitag mittag, in der Zeit von 12.30 Uhr bis 12.45 Uhr erfolgreich und damit über eine Entfernung von 15 000 Kilometer zustande.

Ein Lieferauto der Firma Muratti, das vor dem Haus Augsburg Str. 24 hielt, wurde samt seinem Inhalt von 80 000 Stück Zigaretten gestohlen, in einem Laubengelände beraubt und dann stehen gelassen.

Nach der September-Statistik des Hauptzollamts „Anlandsverkehr“ in Rachen sind im vergangenen Monat wiederum 2444 Strafverfahren wegen Schmuggels anhängig gemacht worden.

Die Untersuchung des Brads der „Riese“ hat ergeben, daß eine Wiederverwendung des Schiffes ausgeschlossen ist. Es muß daher ein neues Segelschiff gebaut werden.

Der deutsche Chauffeur Karl Steuber, der im August d. J. mit seinem Autobus aus Ranensburg bei Rals in Wirtshaus verunglückte, wurde wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung von einem italienischen Gericht zu 3 Jahren 15 Tagen Zuchthaus verurteilt. Bei dem Unglück sind fünf Personen getötet worden.

Die Personentaxen der niederländischen Eisenbahnen werden voraussichtlich im kommenden Jahr um etwa 20 Proz. herabgesetzt werden. Auch die Abonnementtarife sollen eine entsprechende Ermäßigung erfahren.

Im September wurden auf den früheren französischen Schlachtfeldern in der Gegend von Arcas und Ville die Leichen von 121 deutschen und 84 französischen Soldaten gefunden. Nur 14 deutsche Soldaten konnten bisher identifiziert werden.

## Betrug an den Nerven Ihre Gelder sinnlos verpraßt

Wien, 7. Oktober.

Wegen eines großangelegten Wohlwolligkeitsbetrugs wurde der Obmann des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden, der frühere Hilfsarbeiter Leopold Wallner, verhaftet.

Wallner hatte den Verein gegründet und es verstanden, durch Fälschung aller Geschäftsbücher und Belege seine betrügerischen Handlungen jahrelang zu verheimlichen. Auf Empfehlungen hervorragender Persönlichkeiten gestützt, ließ er durch Agenten in allen Bundesländern bei reichen Leuten, großen Unternehmungen, Klöstern usw. für arme Arbeitsinvaliden sammeln. Die eingehenden Beträge verschwendete er zum größten Teil für Autofahrten, für den Aufenthalt in teuren Hotels und den Besuch von Vergnügungsorten. So hat Wallner allein im Jahre 1931 von 140 000 (= 78 000 Mark) gesammelten Schilling nur 3870 Schilling dem wohlthätigen Bestimmungszweck zugeführt.

Wetterausichten für Berlin: Im wesentlichen Fortdauer der herrschenden Witterung, aufsteigende Südostwinde. — Für Deutschland: Im Nordwesten und Südosten vielfach bewölkt; Aufhören der Nachtfröste, im übrigen Deutschland keine wesentliche Änderung.

Die Zigarettenfabrik Haus Bergmann hatte recht behalten mit dem Wagnis, ihren Zigaretten Bergmann „Klasse“, „Privat“ und „Wildhof“ keine üblichen Phantasie, keine lächelnden Schönheiten, beizulegen, sondern originale Kunstwerke. Das beweisen Hunderttausende von begeisterten Aufträgen, das beweist der Feuerzeiger, mit dem Bergmanns Bunte Bilder in ganz Deutschland in Bergmanns Buntbüchern mit Texten von Fred A. Colman gesammelt werden. Das beweisen auch die Anerkennungen der Künstler selbst, unter denen Richard Tauber das Original der Karikatur von Wallner-Trier erwähnt. Bergmanns Bunte Bilder sind für Hunderttausende heute der einzige lebendige Kontakt mit der Kunst.

„Grammophon“ — „Die Stimme meines Herrn“. In den langen Wenden des Herbstes ist gute Schallplattenmusik im Heim gerade das Richtige. „Grammophon“ — „Die Stimme meines Herrn“ mit dem vielseitigen Repertoire ermöglicht es jedem, sich jederzeit ein Programm nach eigenem Geschmack zusammenzustellen. Grammophon wie Wilhelm Furtwängler, Heinrich Schliemann, Heide Rossmann, Julius Bahal, Franz Böcker kann man in seinem Heim hören; ebenso sind die prominentesten Tanzkapellen, wie Paul Godwin, Nija Lisjakoff und Hermann von Stachow, ausschließlich für „Grammophon“ — „Die Stimme meines Herrn“ verpflichtet worden. Außerdem bringt „Grammophon“ auch die volkstümliche Plattenreihe „Braun-Wilke“ zum Verkauf von 1,50 M. heraus: Orchester, Gesang, neueste Tanz- und Tonfilmklänge.

## Alfred Will verstorben

Am Freitagabend gegen 7 Uhr verstarb ganz plötzlich in der Wohnung seines Sohnes in Spandau der langjährige Kreisleiter des Kreises Charlottenburg Alfred Will. Genosse Will, der noch vor wenigen Wochen seinen 60. Geburtstag gefeiert hatte, war in der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung kein Unbekannter. Seit 25 Jahren war Will in der kommunalen Verwaltung als Stadtverordneter und in den letzten zehn Jahren als unbesoldeter Stadtrat in Charlottenburg tätig. Die Partei wird das Andenken dieses treuen Parteigenossen, wackeren Kameraden und tüchtigen, zuverlässigen und erfahrenen Kommunalpolitiker in Ehren halten.

## Drei Kinder überfahren

Im Straßenverkehr ereigneten sich gestern wieder zahlreiche Unfälle. Unter den Verunglückten befinden sich allein drei kleine Kinder. Vor dem Hause Werthe Str. 11 in Moabit wurde der sechs-jährige Gert Rosenthal von einem Lastauto, im Nordosten der Stadt, in der Marxenburger Straße, der 7-jährige Harry Fassinet aus der Wörther Straße von einem Motorrad und in der Bouterstraße in Friedenau der 8 Jahre alte Hans Schwante aus der Stierstr. 14/15 von einem Privatauto überfahren. Der kleine Rosen war sofort tot, die beiden anderen Kinder wurden schwer verletzt.

Wer jemals ein Auto gelenkt hat, der weiß, daß Kinder immer wieder, ihrem Spiel ganz hingebend und ohne der Gefahren der Straße zu achten, direkt in die Autos hineinflaufen. Nur unausgesetzte Belehrung in Schule und Haus können hier Abhilfe schaffen.

Die Volkshochschule Groß-Berlin (Geschäftsstelle Burgstraße 8, III, 9 bis 16 Uhr) hat soeben ihren Lehrplan für 1932/33 herausgegeben, der von der Geschäftsstelle kostenlos zu beziehen ist. Er enthält außer Deutsch sehr viel fremdsprachlichen Unterricht (Französisch, Englisch, Spanisch und Russisch), ferner Vortragskurse aus den Gebieten der Physik, Chemie, Mathematik, Biologie, Geologie, Geographie, Erziehungs- und Gesundheitslehre, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftslehre, Philosophie, Literatur, Psychologie, Theater, Film und Presse. Die Volkshochschule ist die Erwachsenen- und Berufsschule für alle, die keine höhere Schulbildung erhalten haben.







# IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

351

Gilgi hustet — das tut so weh in der Brust. Sie friert. Hat wohl wirklich ein bißchen Fieber — ist aber jetzt auch das richtige Wetter, um sich zu erkälten. Die Frau mit dem Kind findet das auch — und ihr fällt ein, daß sie kalte Füße hat. „An wenn's man nur endlich richtig warm werden tät', daß man nicht mehr zu heizen braucht“, sie tappelt von einem Fuß auf den andern, das Kind fängt an zu greinen — hat so einen häßlichen Schorf um den kleinen Mund und furchtbar alte Augen — — — und noch acht Tage — dann muß ich zum Arzt gehen...“

„Ach, Gilgchen, da läufst du nun für lumpige dreizehn Mark durch den Regen! Mein Gott, was bist du doch für ein eigensinniges, unverständliches Mädchen.“

„So'n bißchen Influenza, Martin! Ich bin schon mal mit 39,4 Fieber ins Büro gegangen.“ Gilgi sagt das so, als wär's was ganz besonders Schönes gewesen, wie sie mit 39,4 Fieber ins Büro gegangen ist. Und Martin ruht nicht eher, bis sie im Bett liegt. „Und ist dir auch wirklich warm?“ So — und nun wird er zur Apotheke gehen und Aspirin holen und sowas wie Fliedertee — und den wird er dann kochen, wenn er wiederkommt. Und Gilgi will, daß er sich dann auch gleich die Schuhe kaufen soll — „du weißt, Martin, wie das geht! Wenn du damit wartest, ist auf einmal wieder's Geld zu Ende und du brauchst Schuhe sooo nötig. Und geh' in die Schildergasse — du weißt, wo wir die zu 19 Mark gesehen haben, die sahen jeeehr anständig aus. Und achte darauf, daß die Sohlen auch richtig stark sind...“

Fünf Minuten ist Martin fort, da klingelt's. Na, was denn nun schon wieder! Gilgi kriecht unter den sorglich aufgetürmten Kissen und Decken hervor, zieht den schwarzseidenen Kimono mit den großen gelben Sonnenblumen über, streicht sich das Haar glatt... „Ach du lieber Gott! Dafür ist sie aufgestanden! Ein Hausierer, Vertreter oder Reisender — hat ein verstaubtes Köfferchen — „Was? Bohnerwachs? Brauche nichts.“ Gilgi zögert: Scheußlich ist das, mitten in eine so stehende Stimme hinein die Tür zuzuschlagen.

„Lassen Sie mich nur eben zeigen, gnädige Frau... ja aber...“ der Mann staunt Gilgi ins Gesicht, wird rot und unsicher — „bist du nicht — sind Sie nicht?“

„Doooh, Hans, du bist es?“ Sie streckt ihm die Hand hin. Sieht ihn an: dies abgehärmte, wächserne Gesicht war mal so jung und frisch und leuchtend... „ich habe dich nicht erkannt, Hans, du hast dich verändert.“ Gilgi wird glühend rot, hat was Taktloses gesagt. Will schnell wieder gut machen: „Komm rein, Hans — komm... hier — leh dich, Hans.“

Der Mann legt den Hut mit dem fettfleckigen Band neben sich. Sieht ganz steif auf der äußersten Kante des Sessels. „Oh, du hast es aber sehr fein, Gilgi — aber darf man noch Gilgi fragen? Ruß man nicht gnädige Frau und Sie...“

„Ach Unsinn, Hans — alte Freunde wie wir!“ Gilgi steht vor ihm — eine verwöhnte, gepflegte, verschlafene kleine Frau, ganz eingehüllt in teure bestickte Seide... und hat noch immer die treuherzigen Augen, der Hans, nur müde und traurig sind sie geworden — jetzt glimmt ein Fünftchen ehrlichen Frohsinns in ihnen — „das freut mich so, Gilgi, daß es dir wenigstens gut geht.“

Und nun sieht man sich an und weiß nicht, was sagen — hat sich doch so viele Jahre nicht mehr gesehen. „Wart' einen Moment, Hans — ich wollt' gerad' frühstücken, da leistest du mir ein bißchen Gesellschaft, ja?“ Gilgi rennt in die Küche. Sie muß sich für einen Augenblick legen. Was haben die paar Jahre aus dem Jungen gemacht! Der ist jetzt — ja, der ist jetzt — vielleicht dreißig — das war vor vier Jahren, als wir... Bier Jahre! Ja, ist denn das eine Ewigkeit, vier Jahre! Da muß man sich doch mal besinnen. So ein frischer, lustiger Junge, der Hans! Lachen konnt' man mit dem — lachen! So blondes Haar hatte er und bläuliche Augen und wunderbare Muskeln. Ja, auf die war er immer sehr stolz. Im Schwimmklub waren wir zusammen, und es fing damit an, daß er mir crawlen beibringen wollt' — er konnte sehr gut crawlen — wirklich. Und ich hatt' mich doch so geärgert über Jonny — na, der erste Mann ist ja wohl meistens 'ne Nieme. Und ich hatt' Jonny so dicke satt, aber das ist ja nun mal so, daß man's trotzdem nicht verdrägt, wenn so'n Biest nu auch — — — das häßt' mir damals gerad' so gepaßt, wenn der Jonny, diese Mischung von Douglas Fairbanks und Briefträger, wenn er vom Hochhaus runtergepfungen wär' — meinetwegen. Fiel ihm gar nicht ein — mit der Hilfe fing er an, der mit den roten Locken — und der Hans war so nett, man war so gut Freund — nur gut Freund — und wenn man nicht zusammen die vierzehntägige Tour in den

Hunsrück gemacht hätte, wär' man wohl auch „nur“ gut Freund geblieben. Na, war nicht so wichtig, die ganze Geschichte — ich ging dann die fünf Monate nach Frankfurt, weil Mayer u. Rothe da die neue Filiale aufmachten — ja, da hab' ich ihn dann vergessen. Komisch — wie weit das alles zurückliegt. Kann man gar nicht glauben, daß das alles mal Wirklichkeit war. Richtig verhungert sieht der Junge aus. Gilgi macht ein paar Butterbrote zurecht — eine halbe Flasche Tarragona ist auch noch da...“

„So, Hans, nu' erzähl' mal ein bißchen von dir.“

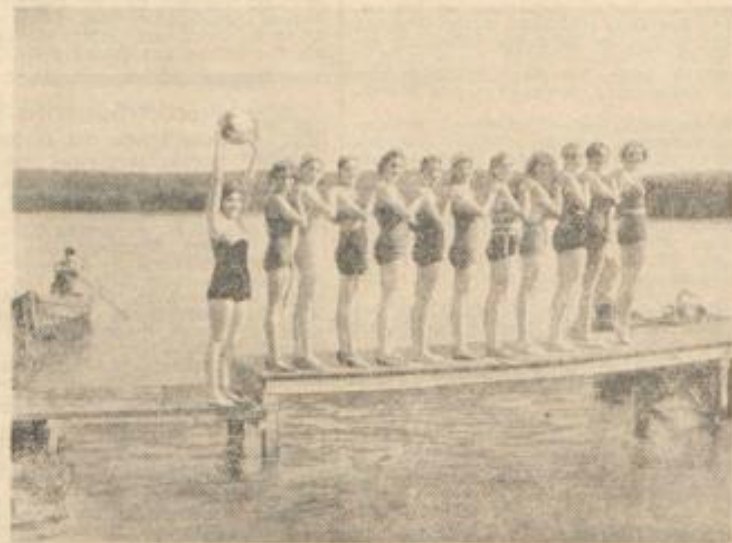
„Da ist nicht viel Gutes zu erzählen, Gilgi.“ Beide schweigen — haben eine Erinnerung, die — durch die Filtrierpresse der Jahre gegangen — nur noch sehr helles, Lustiges, Unbeiswerliches enthält. War man denn wirklich einmal so jung? Und jetzt? Man muß doch wohl furchtbar alt geworden sein, wenn man sich derart ungläubig wundert, daß man einmal so jung gewesen ist.

„Und Hans, weißt du noch, wie ich im Pionierbad oben auf dem Zehnmetersprung-

brett stand und zitterte wie ein Pudding vor dem Begeffenwerden?“

„Ja, und dann bist du doch gesprungen.“

„Und weißt du noch, wie wir mit dem Paddelboot umgetippt sind?“



Im Schwimmklub

Phot. Paramount

„Und ein Rheindampfer hat uns aufge-fischt...“

„Gott, und man fand uns so inter-essant.“

„Und wir selbst fanden uns noch tausend-mal interessanter.“

„Weißt du noch, wie der Heinz immer sein

Grammophon mit ins Boot nahm und tausendmal „Balencia“ gespielt hat?“

„Ja, Gilgi, und dann hast du ihm heimlich die Waite ins Wasser geschmissen. Und weißt du noch, wie die fische Ruth immer sooo falsch zur Mandoline lang, daß es beinahe schon wieder richtig klang!“

„Ach ja, Ruth! Die fand ich so schön, daß sie sich einfach keinem Mann gönnte, und wenn sie in den Spiegel sah, dann bedauerte sie wohl immer, daß sie nicht in einem ein Junge sein — und mit sich selbst ein Verhältnis anfangen konnt'. — Und wie du das Geschäft mit den Zigaretten gemacht hast!“

„Ja, den Abend haben wir im Bootshaus gefeiert, das machte wie 'ne Ruffschale im Ozean — so vergnügt waren wir. Und der dicke Conny war so betrunken, daß er im Rhein nach Korallen tauchen wollt'...“

„Gott ja, eine halbe Stunde lang hab' ich mich an sein Bein gehängt — sonst lag' er jetzt wohl da unten zwischen Bierflaschen-scherben und Konservendbüchsen...“

„Und gar keine schöne Wasserleiche wär' er gewesen!“ — — —

(Fortsetzung folgt.)

## Friedrich Lichtneker: Nachtstück

Der Regen strömte mit einer geradezu nerven-aufspießenden Gleichmäßigkeit und Eintönigkeit hernieder. Der Nebel hing drückend in den Straßenklüften herab. Die ganze Welt war eingehüllt in Trost- und Hoffnungslosigkeit. Mit einem Wort — man hätte sich keinen schöneren Herbstabend zum Umbringen wünschen können. August Knade, auf dem Wege nach dem Fuß, den er nach vielen Erwägungen als seine letzte Ruhestätte bestimmt hatte, war von der Stimmung des Wetters restlos begehrt und hielt sie für eine Trauerumgebung der Natur über sein bevorstehendes Hinscheiden. Gewiß, es tat ihm ja selbst um sich sehr leid, und er hätte am liebsten mit dem Himmel um die Witte sein Schicksal bewein, aber es war nun einmal beschlossen, und er legte jetzt alles daran, ja bloß keine Nahrung in sich aufkommen zu lassen. Er hatte das Leben endgültig satt, dieses Leben, das ja doch nur eine nie sich unterbrechende Kette von Hoffnungen und Enttäuschungen ist. Längst hatte er es sich über-legt, immer wieder dem Schicksal, das mit ihm so hart verfuhr, ein langbefristetes Ultimatum gestellt — aber wie gesagt —, das Schicksal hörte nicht auf seine Ermahnungen und stellte sich laub gegen seine Drohungen. Jetzt machte er sie endlich wahr. Keine Chance konnte ihn mehr retten, sich von diesem Leben weiter narren zu lassen. Er hatte sich auf seinen letzten Weg gemacht, und diesen Weg schritt er jetzt mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit wie nie zuvor irgendeinen Weg seines Lebens. Er empfand geradezu Genug-tuung — Schadenfreude wie ein kleiner Junge, der einen bösen Streich auszuüben geht. Seine Laune wurde immer besser, je näher er seinem Ziele kam. Wenn er zu dieser Stunde so die Menschen an sich vorbeihastete sah, abgearbeitet, müde vom Tageswerk, verlor, verängstigt vom Leben, gierig nach dem Ergötzen irgendeiner spärlichen Lebensfreude am späten Abend, dann mußte er lächeln und kam sich ihnen gegenüber wie ein hundertjähriger Greis vor.

Run stand er am Brückengeländer und starrte in den Fluß, der unter ihm wie eine schwarze träge Teermasse dahinkroch. Gewiß, dieses Grab-lad einen nicht sonderlich freundlich ein, aber dafür war es kostenlos. Knade setzte sich über Bedenken dieser Art schnell hinweg und schwang bereits das eine Bein über das Geländer, als sich eine Hand sonst auf seine Schulter legte und eine diskrete Stimme ihn um Entschuldigung für die Störung bat. Unwillkürlich wendete Knade den Kopf und zog langsam das Bein vom Geländer herab. Mürrisch, ein wenig verächtlich wie ein Mensch, den man bei einer ganz intimen Beschäftigung überrascht hat, fragte er den Fremden nach dessen Wünschen.

Befehden und verlegen stotterte dieser: „Ich sehe, Sie wollen sich umbringen — haben Sie keine Angst, ich will Sie weiß Gott nicht dabei stören oder gar daran hindern —, aber sehen Sie sich doch bloß meine Schuhe an! Damit kann ich doch wirklich nicht mehr herumlaufen — überhaupt, wo es jetzt kalt wird —, und da dachte ich mir, ob es sehr bescheiden von mir wäre, wenn ich Sie bäte, mir die Hirsigen zu überlassen. Sie legen doch bestimmt keinen Wert darauf, beschuht im Jenseits einzutreffen.“

Knade war nicht wenig überrascht, aber bald hatte er sich gefaßt und fand nichts weiter dabei, dem Fremden seine Schuhe zu schenken. Knades Hand empfing einen herzlichen Druck des Dankes.

Eben wollte er sein Bein von neuem über das Geländer schwingen, da tippte ihm der Fremde nochmals sachte auf die Schulter und stammelte: „Einen Augenblick noch, bevor Sie da unten auf

Rimmerwiedersehen verschwinden! Sehen Sie sich doch bloß meinen Rock an! Damit kann ich doch wirklich keinen Staat mehr machen...“

Knade ließ ihn gar nicht mehr ausreden, sondern schlüpfte ärgerlich aus seinem Rock, den er dem Fremden mit einem halblauten Fluch über den Kopf stülpte. Er leistete jetzt auf jede Dankes-bezeugung Verzicht und machte sich eilends ans Sterben. Ein kühner Schwung — Knade sah am Treppengeländer — Da...!

„Eine einzige Sekunde noch!“ Die Hand des Fremden berührte in jetzt weniger sanft, und Knade fühlte, wie sie zitterte. Mit einer jähen Drehung wandte er sich zu diesem zudeinglichen Menschen und brüllte ihn an: „Scheren Sie sich zum Teufel! Was wollen Sie denn noch von mir?! Nicht mal ungeniert sterben lassen einen die Menschen. Selbst da ziehen sie einem noch die Haut vom Leibe! — Also machen Sie's kurz! Sie sehen, ich habe nicht mehr viel Zeit...“

„Ach, verzeihen Sie mir, ich will Sie nicht länger mehr belästigen — aber Sie werden doch einsehen, daß ein Mensch in meiner verzweifelten Lage eine solche Gelegenheit wie diese nicht ungenutzt vorbeiziehen läßt. Sie verfügen doch bestimmt noch über ein wenig Bargeld, mit dem Sie ja doch nichts mehr anfangen können, während ich dafür so viel Verwendung hätte, denn Sie können sich ja gar nicht vorstellen...“ Und jetzt begann der Fremde seine ganze Leidensgeschichte zu schildern, so spannend, so dramatisch, daß Knade ganz davon gefesselt war.

Als der Fremde mit dem Epos seiner Not geendet hatte, schüttelte Knade verständnislos das Haupt und fragte: „Mensch! Und Sie bringen sich nicht um?“ — „Halb so schlimm, mein lieber Gönner“, entgegnete der Fremde, „ich habe jetzt Ihre Schuhe und Ihren Rock... ein paar Mark werden Sie doch auch noch besitzen... Das reicht gerade, daß ich wieder ein bißchen Rut bekomme.“

Knade wurde ein wenig gereizt: „So... und wenn ich Ihnen diese paar Mark nicht gebe... wenn ich es mir zum Beispiel überhaupt überlegen würde zu sterben...“

„Oh!“ rief der Fremde aus, „Sie bringen sich um, so wahr ich lebe! Dazu sind Sie ein zu entschlossener Mann — dazu“, setzte der Fremde leise und diskret hinzu, „dazu sind Sie ein viel zu anständiger Mensch, überhaupt jetzt, wo es Ihnen doch klargeworden ist, daß Ihr Tod nicht nur mehr eine Laune Ihres Lebensverdrusses bedeutet, sondern einen Akt von menschlicher Hilfsbereitschaft. Im übrigen sehe ich soeben, daß Sie auch noch eine goldene Uhr besitzen! Die werden Sie doch nicht mit auf den Grund des Wassers nehmen wollen?!“

Jetzt war es Knade zu viel. Dieses anmaßende Benehmen eines Menschen, der ihn schon bei lebendigem Leibe beerbte, konnte er auf die Dauer nicht mehr unbeantwortet lassen. Knade war entschlossen, ihm nicht nur nichts mehr zu geben, sondern sich auch wieder in den Besitz seiner von ihm so leichtfertig verschenteten Schuhe und des Rockes zu setzen. Diese Rückforderung verletzete den Fremden in derartiger Empörung, daß er nun mit Gewalt Knades Uhr und Geld in Besitz zu nehmen begann. Knade wehrte sich aus Leibeskräften gegen diesen gemeinen Ueberfall — und den Schluß dieser Auseinandersetzung bildeten Verhaftung und Verhör beim Polizeikommissar. Knade kam wieder in den Besitz seiner Sachen, und als er dann auf der Straße stand, allein mit sich und seinem unglücklichen Leben, da mußte

er feststellen, daß ihm die ganze Stimmung zum Sterben verdorben war. Er besah seine Schuhe und seinen Rock, fühlte nach seiner Uhr und Klinkerte mit dem Geld in seiner Tasche. Langsam schritt er dahin — den Weg nach Hause — und ein boshaftes Grinsen spielte um seinen Mund: „Jetzt erst recht nicht!“ Und rüstig und unternehmungslustig betrat er die nächste Kneipe.

Inzwischen verabschiedete sich auch der Fremde, den Knade längst im Kitzchen wädhete, vom Polizeikommissar: „Das ist die beste Kur, den Lebensüberdruß von Menschen in Lebensmut umzukehren. Wenn es an den Befehl geht, dann wehrt sich die Kreatur. Wie viele schliehen mit dem Leben ab, aber wie wenige wollen sich dabei von den irdischen Glücksgütern trennen. Auf diese Weise ist es mir im letzten Jahre gelungen, mehr als einem Duzend Lebensmüden auf die Beine zu helfen.“

## Atomzertrümmerung

Seitdem der englische Physiker Rutherford nachgewiesen hat, daß gewisse Elemente durch Alpha-Strahlen so zertrümmert werden können, daß sich aus ihrem Atomkern ein Stück abspaltet, beschäftigt sich die Physik in immer steigendem Maße mit der Atomzertrümmerung, um dadurch den tiefsten Geheimnissen des Aufbaues unserer Welt auf die Spur zu kommen. Alpha-Strahlen sind Elementar-Teilchen, die aus Helium-Atomkernen bestehen. Diese aus zwei positiv elektrisch geladenen sogenannten Protonen bestehenden Geschosse, die mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit auf den fremden Atomkern ausprallen, schlagen aus diesem ein anderes Proton, den Kern eines Wasserstoffatoms heraus. Neben dieser natürlichen Atomzertrümmerung hat man auch versucht, das gleiche auf künstlichem Wege zu erreichen. Dabei sind aber ungeheure Energiemengen notwendig, um die gewaltigen Kräfte zu befreien, die im Atom gefesselt sind. Vor einiger Zeit haben deutsche Physiker zu diesem Zwecke die Gewitterspannung ausgenutzt, indem sie auf dem Monte Generoso eine Blitzenanlage errichteten. Aber der große Nachteil dieser Apparatur besteht darin, daß man den Blitz nicht kommandieren kann, sondern, daß dieser nur kommt, wenn es ihm beliebt. Man mußte daher dazu übergehen, möglichst große Spannungen von Millionen Volt im Laboratorium zu erzeugen.

Wie Dr. P. Rück in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ mittelt, hat man mit Hilfe eines neuen Elektrizitätszeugers, des sogenannten Stoffgenerators, Spannungen von etwa 2½ Millionen Volt hervorgebracht. Es mußten dafür bis zu 4 Sekunden gleichzeitig Elektrizitätsmengen von mehreren Tausend Ampere erzeugt werden. Es wurde dann ein Entladungsröhre gebaut, in dem mit Hilfe der riesigen elektrischen Energien die Elementarteilchen auf die zu zertrümmernden Atome abgeschossen werden. Ein jetzt im Bau befindlicher Stoffgenerator soll Spannungen bis zu 7 Millionen Volt ermöglichen. Die Leistungen des Entladungsröhres wurden dadurch vergrößert, daß mehrere hintereinander geschaltete Röhren benutzt werden. Auf diese Weise ist es bei den deutschen Versuchen gelungen, die Atome millionenweise zu vernichten. Doch ist die Energie noch immer nicht groß genug, um die Atome der schweren Elemente in ihre Bestandteile aufzulösen. Man hofft, dies mit der 7-Millionen-Volt-Anlage fertig zu bringen. Jedenfalls haben die Experimente gezeigt, daß der Mensch imstande ist, die gewaltigen Energien zu erzeugen, die notwendig sind, um die Kräfte des Atoms zu entfesseln.